



Reader zum Herbststratschlag 2009
vom 06. – 08. 11. in Leipzig

Inhalt

Einladung	4
Allgemeine Hinweise	4
Die Waldorfschule in Leipzig	4
Wegbeschreibung	5
Übernachtung	5
Verpflegung	5
Kontakt zur Vorbereitungsgruppe	6
1 Programm	7
1.1 Tagesordnungs-Vorschlag der Vorbereitungsgruppe	7
1.2 Nähere Informationen zu den Workshops (Sa. 09:30 Uhr)	10
Die ökologische Frage – Emanzipatorische Forderungen zwischen Green New Deal und Wirtschaftsschrumpfung	11
Die Soziale Krise – Antworten auf Insolvenzen, Arbeitslosigkeit und Armut	11
Finanzmärkte – Die neue Finanzmarktarchitektur, das Window of Opportunity und die Realität	12
Die globale Dimension der Krise – Demokratie im Gefüge der globalen Institutionen und die Struktur des Welthandelssystems	13
Angriffe auf die öffentliche Daseinsvorsorge – was tun?	14
1.3 Projektvorstellungen	15
Ausgleichsunion - Global Balancing System (GBS)	15
Mobilitätskongress Konversion der Autoindustrie – Für das Recht auf Mobilität!	15
Mobilisierung nach Kopenhagen	16
Mobilisierung zur WTO nach Genf	16
Belegschaftskampagne	17
Bankentribunal	18
PPP-Projekt	18
Wachstumstagung: „Umverteilen statt Wachstum! Wachstumskritik und soziale Bewegungen“	19
Projektidee LeserInnenbriefe	20
Kongress – Umverteilung von Einkommen, Macht und Arbeit (im Frühjahr 2011)	21

2	Vorschläge und Finanzanträge	22
2.1	Erläuterungen zu den Abstimmungskarten	22
2.2	Entscheidungsfindung bei Attac D	22
2.3	Vorschläge	23
	Änderung der Attac Regeln	23
	Erweiterung des Selbstverständnisses	26
2.4	Finanzanträge	27
	10 Jahre Attac	27
	Welthandel und WTO	28
	Kampagne „Betriebe in Belegschaftshand“	28
	Bildungskoordination (Biko)	29
	Attac D – EU-AG	30
	Vorschlag für eine Verstetigung der Gruppenunterstützung	30
	CoordiTrad	32
	Sand im Getriebe, deutsche Redaktion Finanzantrag Nr. 1	33
	Sand im Getriebe, deutsche Redaktion Finanzantrag Nr. 2	34
	AG Finanzmärkte und AG Steuern - Finanztransaktionssteuern	34
	2. Kongress Continente Rebelde – Alternativen zum Neoliberalismus	35
	AG Internationales	37
	Antrag auf Förderung der „PPP-Irrweg-Kampagne“ durch attac Deutschland	37
	Initiative für ein Banken-Tribunal	40
	Enlazando Alternativas	45
2.5	„Beipackzettel“ der Finanz AG	45
3	Anhang	47
	Bericht des Kokreises	47
	Papier der Rats-VG zur Ratskandidatur (2008)	51

Einladung

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Wir möchten euch alle ganz herzlich zum diesjährigen Attac-Herbstratschlag einladen. Er findet vom 06. bis 08. November 2009 in der Freien Waldorfschule Leipzig statt. Gemeinsam werden wir über die thematische Ausrichtung unserer zukünftigen Arbeit sowie die unmittelbaren Schwerpunkte unserer Arbeit im kommenden Jahr diskutieren.

Freitags wollen wir mit einer ausführlichen Diskussion zur Einschätzung der politischen Lage beginnen. Am Samstag soll es darum gehen, entlang der 4 Schwerpunktthemenstränge von Attac zur Krisenproblematik anhand von Leitfragen unsere Interventionsmöglichkeiten in dem politischen Diskurs zu erörtern und konkrete Forderungen zu entwickeln. Des Weiteren stehen Diskussionen und Beschlüsse bezüglich der Fortschreibung der Attac – Erklärung des Düsseldorfer Ratschlags sowie der internationalen Attac – Arbeit auf dem Programm. Dem schließt sich eine Vorstellung geplanter oder bereits in Angriff genommener Projekte an. Abends finden dann die Gremienwahlen statt. Am Sonntag werden wir uns mit Vorschlägen an den Ratschlag und dem Haushalt für das kommende Jahr befassen. Nachmittags haben Arbeits- und Kampagnengruppen noch Gelegenheit sich zu treffen um ihre Projekte weiter zu besprechen.

Wir freuen uns auf euch!

Eure Ratschlags-VG

Allgemeine Hinweise

Die Waldorfschule in Leipzig

Mit der Waldorfschule in Leipzig konnten wir für diesen Herbstratschlag einen geeigneten Veranstaltungsort finden. Die Waldorfschule ist für uns nicht nur wegen der Räumlichkeiten, sondern auch wegen der uns sehr nahestehenden Idee und Organisationsstruktur ein toller Partner.

Abspraken und Vereinbarungen konnten im Vorfeld auf einer sehr solidarischen und vertrauensgeprägten Basis stattfinden. Nicht zuletzt deswegen legen wir großen Wert darauf, dass sich die TeilnehmerInnen des Ratschlags an die Vereinbarungen, die mit der Schule getroffen wurden, halten. Insbesondere sind dazu folgend Punkte zu erwähnen:

- Das Rauchen ist auf dem gesamten Schulgelände untersagt. Bitte raucht außerhalb und entsorgt bitte die Zigarettenkippen.
- Bitte sorgt dafür, dass kein Müll liegen bleibt und dass alle genutzten Räume wieder in ihren ursprünglichen Zustand gebracht werden.

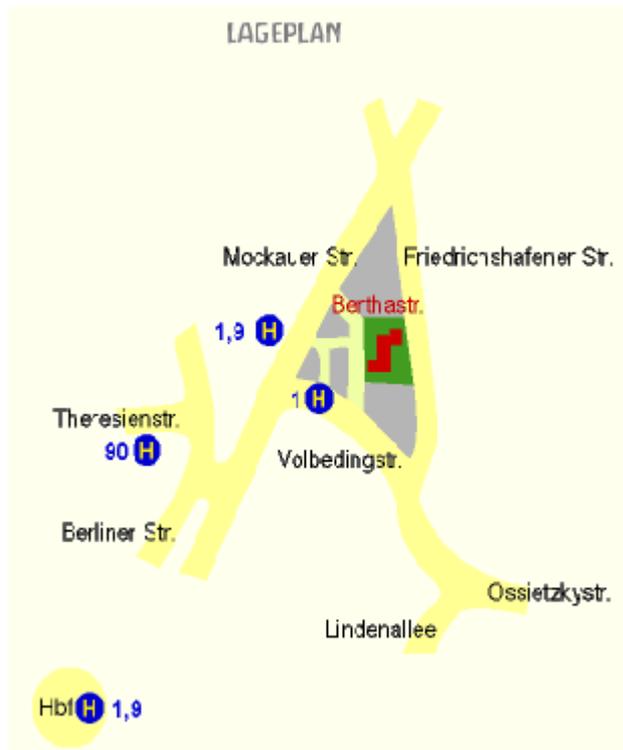
Das spürbare Interesse der Leute vor Ort daran, uns beim reibungslosen organisatorischen Ablauf des Ratschlags zu unterstützen, hat die Arbeit der Vorbereitungsgruppe erleichtert. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Beteiligten bedanken!

Wegbeschreibung

Die Adresse der Waldorfschule Leipzig ist: Berthastraße 15, 04357 Leipzig

Mit der Tram ab Hauptbahnhof Leipzig:

Die Straßenbahnlinie 9 (Richtung: Leipzig, Thekla, Tauchaer Str.) und die Straßenbahnlinie 1 (Leipzig, Mockau, Post) fahren an der Westseite des Hauptbahnhofes ab. Ausstieg ist die Haltestelle: Mockauer/ Volbedingstr.



Weitere Infos: <http://www.lvb.de/>

Auf der Homepage der Schule ist ein Lageplan abgebildet: <http://www.waldorfschule-leipzig.de/>

Übernachtung

Alle TeilnehmerInnen des Ratschlags haben die Möglichkeit, umsonst in der Turnhalle der Schule zu übernachten. Bitte unbedingt Schlafsack und Isomatte mitbringen.

Verpflegung

Die Firma „Sonnenmahl“ wird uns mit leckerem und vegetarischem (fast 100% Bio-)Essen versorgen.

Kontakt zur Vorbereitungsgruppe

AnsprechpartnerInnen nach Zuständigkeit		
Name	Zuständigkeit	Telefon
Frauke Distelrath	Presse	0179 5146079
Anja Dreßler	Organisatorisches	01578 2522156
Kontakt zur Vorbereitungsgruppe		
Name		Telefon
Brigitte Oehrlein		0151 10149292
Hugo Braun		
Roland Suess		0175 2725893
Steffen Stierle		0170 4451755
Stephanie Handtmann		0176 24191706
Ulrike Paschek		0170 6176441

1 Programm

1.1 Tagesordnungs-Vorschlag der Vorbereitungsgruppe

Uhrzeit	Programmpunkt
Freitag, 06. November 2009	
16:00	Haushaltsvorbesprechung
16:00	Workshop: Typo3 - Fragestunde für PraktikerInnen und Fortgeschrittene Seit Juni 2008 nutzt Attac ein neues Content Management System für Webseiten. Wir bieten seit dem allen Attac-Gruppen einen Zugang u diesem System und eine damit verbundene Webpräsenz an. In diesem Workshop wollen wir gemeinsam den aktuellen Stand des Systems durchsprechen und euch Schritt für Schritt in die Benutzung des Systems einführen. (Attac-Webteam)
18:00	Ankunft, Anmeldung und Abendessen
19:00	Begrüßung, Tagesordnung, Organisatorisches
19:30	Bericht des Ko-Kreises
20:00	Subjektive Einschätzungen zur politischen Lage und daraus gefolgerte Ansatzpunkte für Attac. dreiminütige Blitzlichtinputs mit anschließender Diskussion von: <ul style="list-style-type: none">- Hendrik Sanders- Mike Nagler- Jutta Sundermann- Roland Klautke- Steffen Stierle- Dorothea Haerlin- Hugo Braun Moderation: Simone Ott und Fabian Scheidler
Samstag, 07. November 2009	
08:00	Frühstück
09:30	Einführung und Vorstellung des Workshop-Konzeptes Brigitte Oehrlein und Steffen Stierle
10:00	Workshops (Näheres im Abschnitt 1.2) <ul style="list-style-type: none">- Die ökologische Frage – Emanzipatorische Forderungen zwischen Green New Deal und Wirtschaftsschrumpfung (Input: Alexis Passadakis)- Die Soziale Krise – Antworten auf Insolvenzen, Arbeitslosigkeit und Armut (Input: Stephan Krull)- Finanzmärkte – Die neue Finanzmarktarchitektur, das Window of Opportunity und die Realität (Input: Detlev v.Larcher)- Die globale Dimension der Krise – Demokratie im Gefüge der globalen Institutionen und die Struktur des Welthandelssystems (Input: Roland Suess)- Angriffe auf die öffentliche Daseinsvorsorge – was tun? (Input: Dorothea Härlin)
12:00	Präsentation der Workshop-Ergebnisse Moderation: Deborah Ruggieri und Philipp Hersel
12:45	Mittagessen

15:00	Fortschreibung der Attac-Erklärung „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ vom 12. Oktober 2008 Diskussion und Abstimmung Moderation: Deborah Ruggieri und Philipp Hersel	
15:45	Kaffeepause	
16:15	Vorstellung laufender und geplanter Projekte in Attac (Näheres im Abschnitt 1.3) Moderation: Deborah Ruggieri und Phillip Hersel	
18:00	Abendessen	
19:00	Wahlen der Gremien Attac-Rat und Koordinierungskreis Moderation: Oliver Moldenhauer und Pauline Bader	
Sonntag, 08. November 2009		
08:00	Frühstück	
09:00	Die internationale Attac-Arbeit Diskussion zum Konzept der AG Internationales Hugo Braun	
10:00	Vorschläge an den Ratschlag Es werden die zum Ratschlag eingebrachten Vorschläge diskutiert und Beschlüsse gefasst. Moderation: Oliver Moldenhauer und Dominik Fette	
10:30	Kaffeepause	
11:00	Attac-Haushalt 2010 Der Haushaltsplan fürs kommende Jahr wird diskutiert und verabschiedet. Moderation: Oliver Moldenhauer und Dominik Fette	
13:00	Mittagessen	
14:00	gemeinsamer Abbau	
14:00	Kurze Einführung zu Datenschutz-Fragen bei Attac Insbesondere bei den Regionalgruppen spielt der Datenschutz eine wichtige Rolle. Die Veranstaltung richtet sich daher besonders an die Ansprechpartner/innen der Regionalgruppen, insoweit diese noch keine Datenschutzerklärung unterzeichnet haben. Außerdem geben wir allgemeine Informationen über die Aufgaben des von Attac bestellten externen Datenschutzers, die Verwendung von persönlichen Daten in der Attac-Datenbank und von personalisierten Internetdaten im Internet-Statistikprogramm Piwik. Daran anschließend: Fragen und Antworten rund um den Datenschutz.	
14:00 bis 16:00	AG-Phase Hier haben Arbeitsgruppen Raum, Treffen durchzuführen. Die Treffen sollen für alle Interessierten offen sein.	
	angemeldete Treffen :	
	AG ArbeitFairTeilen	Beratungspunkte werden sein: <ul style="list-style-type: none"> - Aktuelle Situation – Initiativen zur Arbeitszeit werden aktiv - Stand der Vorbereitung des Kongresses zur Konversion der (Auto-) Industrie - Ideen für einen Kongress zur Umverteilung (von Arbeit, Geld & Macht) - Künftige Struktur der Arbeit der AG ArbeitFairTeilen
	AG Lateinamerika / Kongress VG	Ende 2010 will die AG in Zusammenarbeit mit anderen Lateinamerika-Gruppen einen zweiten Lateinamerikakongress veranstalten. Um an dem erfolgreichen "Continente Rebelde" in 2008 anknüpfen zu können, bedarf es wieder eines starken Vorbereitungsteams. Wir freuen uns deshalb über neue MitstreiterInnen. Wie schon beim ersten Congreso sollen in Lateinamerika entstehende oder bereits praktizierte Alternativen zum Neoliberalismus im Vordergrund des Interesses stehen: die neue, unabhängige Finanzmarktarchitektur, Solidarischer

	<p>Handel und Süd-Süd-Kooperation, die Rolle der Sozialen Bewegungen und das Prinzip des "Buen Vivir", des Guten Lebens, das in Ecuador und in Bolivien in die neuen Verfassungen aufgenommen wurde. Die gestärkte Rolle der Region auf der globalen politischen Bühne sowie der Präsidenten-Putsch in Honduras und die Gefahr der Rechten für die progressive Entwicklungen auf dem Subkontinent sind als weitere Themenschwerpunkte für Continente Rebelde 2 angedacht.</p> <p>Die Arbeit der AG soll sich im nächsten Jahr aber nicht nur auf die Kongress Vorbereitungen beschränken. Beim Treffen wollen wir auch über weitere mögliche Arbeitsschwerpunkte diskutieren. Alle Vorschläge mit Lateinamerika-Bezug sind dafür willkommen!</p>
Attac EKU-AG (Energie, Klima Umwelt)	<p>Einladung an alle Attac-Gruppen, die zum Thema Klima und Ökologie und Globalisierung arbeiten: Kommt zum Kopenhagen-Vernetzungstreffen beim Ratschlag in Leipzig! Macht mit bei der Sammlung von Aktionsideen zu Kopenhagen im Aktionsforum der EKU-Homepage!</p> <p>Wir laden alle Gruppen, die jetzt für Klimagerechtigkeit hier oder in Kopenhagen auf die Straße gehen wollen, ganz besonders zu diesem Treffen ein. Worum geht es?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Austausch von aktuellen Infos zur Mobilisierung, Fahrt, Unterkunft. - Wer fährt nach Kopenhagen und mobilisiert dazu? - Was läuft hier zur Klimagerechtigkeit? - Welche Aktionsideen gibt es in den Gruppen? <p>Der bisher aktuelle Stand: siehe EKU-Homepage: http://www.attac-netzwerk.de/ag-eku/ und "Kopenhagen-Update Oktober 2009": http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG-Energie-Klima-Umwelt/Material/EKU_Kopenhagen_Update_Oktober.pdf.</p> <p>--> Das Aktionsforum der EKU-Homepage: Wir bitten alle Gruppen, die zum Klimathema aktiv werden oder schon wurden, ganz herzlich, ihre guten Ideen auf die EKU-Homepage zu stellen - per Mail, Textanhang oder Link. Dort werden die Ideen dann gesammelt im "Aktionsforum" und können andere Gruppen anregen und sehr bei schneller Mobi helfen. Wenn das gut funktioniert, kann das Forum thematisch ausgeweitet werden, z.B. zu Anti-AKW-Aktionen, Stromkonzern-Kampagne, ÖPNV-Kampagne o.ä. Bitte mailt Eure Ideen möglichst bald an: eku@attac.de</p> <p>Bis dann, hoffentlich in Leipzig! Viele Grüße, Bernd, Hendrik, Eberhard (Attac EKU-AG)</p>
AG Welthandel & WTO	
EU-AG	<p>Haben wir durch die Ratifizierung des "Vertrages von Lissabon" nun die Verfassung für die " Vereinigten Staaten von Europa " erhalten?</p> <p>Die bundesweite EU - AG trifft sich am Sonntag 8. November während des ATTAC - Herbst- Ratschlags und bittet um Eure Beteiligung. Wir werden uns im Detail mit den folgenden Themen auseinandersetzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die unglaublichen Vorgänge zum irischen JA . Missachtung aller Regeln der Demokratie und der Fairness - 4 Wochen " Wahlkampf in Irland " - es berichten Cornelius Oette und Lony Ackermann.

	<p>2. EU - Motto des Jahres 2010 " ARMUT in der EU „, wirtschafts - arbeitsmarkt- und sozialpolitische Weichenstellungen in der EU . Welche Positionen entwickelt Attac? Einführende Bemerkungen von Günter Froschauer.</p> <p>3. Sicherheitspolitik / Stockholm - Programm - es informiert Stefan Hügel.</p> <p>4. Bildungspolitik / Bologna-Prozess - Informationen zum Sachstand und Diskussionsanregungen durch Irina .</p> <p>6. " Die Rolle der EU in der Welt " - ein Kurz - Vortrag von Ralf Pichler.</p> <p>7. " Die EU in der Weltwirtschaftskrise - wie weiter nach der Annahme des Vertrags von Lissabon"- es referiert zum Thema Stephan Lindner.</p> <p>8. Vorschläge zur Jahresplanung der EU - AG - D , EU - AG - D - Vertretungen , Finanzlage - und - anträge , Verschiedenes .</p> <p>ZU Beginn unseres Treffens wird die vorgeschlagene Tagesordnung bestimmt und abgestimmt.</p>
--	---

1.2 Nähere Informationen zu den Workshops (Sa. 09:30 Uhr)

Workshop-Konzept

Die fünf thematischen Workshops dienen dazu, unsere Diskussionen nach verschiedenen relevanten Politikfeldern zu strukturieren und wichtige Fragen zu beantworten. Nach einer kurzen Plenumsphase werden wir daher parallel in den Workshop-Räumen weiterarbeiten. In jedem Workshop wird es dann einen Auftaktinput geben, der den Rahmen absteckt, in dem sich die Diskussionen bewegen sollen. Anschließend wird jeder Workshop weiter in drei Kleingruppen unterteilt, die je eine der unten stehenden Leitfragen besprechen und beantworten sollen. In jeder Kleingruppe gibt es eine verantwortliche Person, die die Diskussion leitet und die Ergebnisse dokumentieren soll. Die drei Personen, die das in einem der Workshops übernehmen werden sich anschließend besprechen um einen Input auszuarbeiten, der nach der Workshop-Phase im Plenum die Ergebnisse präsentiert. Im Anschluss werden wir anhand der Inputs aus den Workshops themenübergreifend über unsere wichtigsten Anknüpfungspunkte in den kommenden Monaten sprechen.

Leitfragen zu den Workshops:

1. Konsense und Dissense klar benennen, um Standpunkte und eine gemeinsame Diskussionsgrundlage für die weitere Debatte zu haben
2. Wie können wir uns einbringen, um den gesellschaftliche Transformationsprozess überhaupt zu beeinflussen?
3. a.) Mit welchen Projekten kann man eine andere Welt / gesellschaftliche Veränderung am besten erreichen?
b.) Mit welchen Projekten kann man derzeit real am meisten erreichen?

Die ökologische Frage – Emanzipatorische Forderungen zwischen Green New Deal und Wirtschaftsschrumpfung

Seit einigen Jahren steht die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wieder höher auf der öffentlichen Agenda. Neben zahlreichen unterschiedlichen Projekten auf lokaler Ebene hatte Attac sich mit den Aktivitäten zum Thema Stromkonzerne in Form einer Kampagne und mit den McPlanet-Kongressen in diesem Feld direkt positioniert. Letztlich floss die ökologische Frage aber auch immer bei Schwerpunkten wie „Bahn für alle!“ oder zum beim WTO immer mit in die Auseinandersetzungen ein. Zurzeit mobilisiert Attac für eine andere Klimapolitik beim UN-Klima-Gipfel in Kopenhagen.

Die wachsende Präsenz des Themas hat unterschiedliche Ursachen. Zum einen spitzen sich die Biokrise, d.h. die Kombination von Klimakatastrophe, Verlust von Biodiversität, Peak Oil etc., und die entsprechenden sozialen Auseinandersetzungen immer weiter zu. Zum zweiten erscheinen immer mehr Unternehmen Bereiche wie Umweltschutz, Energieeffizienz u.ä. ein lukrativer Markt zu werden.

Das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie befindet sich in Bewegung. Als Konsequenz daraus entstehen neue Akteure und Debatten. Die immer besser organisierten indigenen Bewegungen in Lateinamerika sprechen, wie beim WSF im brasilianischen Belem, von der „Zivilisationskrise“, im Norden entstand eine Klimacampbewegung, kritische NGOs und soziale Bewegungen haben sich zum Netzwerk Climate Justice Now! zusammengeschlossen, um „Klimagerechtigkeit“ einzufordern.

Für Attac bieten sich verschiedene Bereiche zur Intervention an:

- Demokratische Gestaltung von Energiedienstleistungen und Ressourcen,
- d.h. (lokale) Energiedemokratie statt Privatisierung,
- die sozial-ökologische Konversion von Industrien(Auto etc.),
- die Auseinandersetzung um eine marktbasierter Bearbeitung der Klimakrise (vor allem Emissionshandel)
- und die makro-ökonomische Frage von Wachstumswahn oder stabiler Ökonomie.

Ziel des Workshops ist es eine Schwerpunktsetzung dieser Interventionsstrategien vorzunehmen und konkrete Verabredungen zu treffen.

Alexis Passadakis

Die Soziale Krise – Antworten auf Insolvenzen, Arbeitslosigkeit und Armut

Die Auswirkungen der Krise, die jetzt viele Menschen direkt betreffen, ist ein rasanter Sozialabbau:

- Im Gesundheitswesen,
- in der Pflege,
- bei Menschen, die auf Arbeitslosengeld, Hartz IV und andere Transferleistungen angewiesen sind,
- aber auch direkter Arbeitsplatz- und Lohnabbau,
- oder weitere Leistungsverdichtung und Arbeitszeitverlängerung in den Betrieben (Quelle, Schlecker, Opel und viele mehr).

Ursächlich dafür ist weniger die Krise selbst,

als vielmehr die Art und Weise der „Krisenbewältigung“ durch die Regierenden:

- Bankenrettung auf Kosten der Allgemeinheit,
- Steuersenkungen für die Reichen,
- Gebührenerhöhungen für die Allgemeinheit,
- womit die existentiell schwach Gestellten die Geschenke für die Begüterten zu zahlen

haben;

- eine gesetzlich vorgeschriebene Privatisierung der Pflegeversicherung

entlastet nicht nur die Arbeitgeber,
sondern bringt den Versicherungsgiganten Kapital, das erneut die Finanzmärkte aufbläht.
Mehr als 1 Milliarde Menschen hungern täglich;
womit deutlich wird, wir stehen vor einem globalen Problem,
das von attac, als Netz globalisierungskritischer Menschen und Gruppen angegangen werden muss.
Woher soll der Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten kommen,
woher die Energie für die Ausrichtung einer anderen Welt,
wenn nicht gemeinsam von denen, die die Behauptung der Alternativlosigkeit längst durchschauten
und denjenigen, die unmittelbar unter Krise und Kapitalismus zu leiden haben?

Aber noch HERRSCHT RUHE im Land.
Was liegt in unseren Möglichkeiten, welches Vorgehen könnte einen Beitrag leisten,
Resignation und Alternativlosigkeit in Frage zu stellen?

Es gibt Übereinstimmung,
eine gerechte Verteilung von gesellschaftlich erarbeitetem Reichtum, Arbeit, Lebenschancen
und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten einfordern.
Es gibt Übereinstimmung,
in der Forderung „die Profiteure sollen zahlen“.
Aber dann beginnen Differenzen:
Bedingungsloses Grundeinkommen oder eine einkommensabhängige Grundsicherung?
Repressionsfreiheit für Transferzahlungen, oder Leistungsvoraussetzungen?
Kapitalistischer Wachstumszwang oder ökologische Verträglichkeitsausrichtung?
Wenn kein Wachstum – wie wäre zu gesellschaftlichen Entscheidungen zu kommen
welche Produkte wie produziert werden sollen?
Wie wäre zu Lebens- und Arbeitsweisen zu gelangen, die jedem ein erfüllendes Leben ermöglichen?
Auch fehlt noch ein Konsens,
ob attac Betriebsübernahmen der Belegschaften fordern will, wenn oder bevor Betriebe pleite sind.

Zum Eingreifen gehören Vorstellungen und Überzeugungen, wohin die Reise gehen soll.
Ist der Kapitalismus ökologisch und sozial zu verbessern / transformieren –
oder braucht es eine Transformation in eine Gesellschaftsform, die den Kapitalismus überwindet,
um menschenwürdige Verhältnisse erfolgreich anzustreben?
Bestehen dazu auch unterschiedliche Einschätzungen, wie sind trotz unterschiedlicher
Zielvorstellungen erste Schritte aus den katastrophalen Verhältnissen gemeinsam zu gehen?

Im Workshop wollen wir uns über diese Fragen verständigen,
und unsere Eingriffsmöglichkeiten ausloten, beraten und planen.

Stephan Krull & Brigitte Oehrlein

Finanzmärkte – Die neue Finanzmarktarchitektur, das Window of Opportunity und die Realität

Die „große Krise“ hat die Lage der Staatsfinanzen drastisch verschlechtert: In Deutschland wird das Budgetdefizit 2010 zumindest 5% des BIP erreichen, im Euroraum mehr als 6% und in Großbritannien sogar 13%.

Die in der Finanzkrise ungeheuer angewachsene Staatsverschuldung in den USA, Großbritannien und in den Ländern der Euro-Zone wird ohne massive Gegenwehr der breiten Bevölkerung aufgebürdet werden, während die Profiteure auf den Finanzmärkten sich ins Fäustchen lachen. Die Kosten der

Krise von ungefähr 3,5 Billion en US-Dollar möchten die Profiteure sehr gerne auf uns alle abwälzen, während sie weiter ihre unverschämt hohen Gewinne einsacken. Das darf ihnen nicht gelingen. Sonst wirkt das Totschlagargument, der Staat habe kein Geld und müsse deshalb verstärkt auf Privatisierung des Sozialen und öffentlicher Güter setzen, sowie Einsparungen zu Lasten von Beschäftigten und TransferempfängerInnen vornehmen. Viele Journalist/Innen sind seit dem Regierungswechsel schon auf dem Trip.

Der Attac-Slogan: Wir zahlen nicht für eure Krise, die Zocker sollen zahlen und der Beschluss des Ratschlags am 12.10.2008 in Düsseldorf weisen in eine ganz andere Richtung.

In diesem Workshop wollen wir uns die Entwicklung seit dem Ratschlag in Düsseldorf vergegenwärtigen und vor dieser Folie die entwickelten Forderungen von Attac überprüfen.

Dabei wollen wir

1. Konsense und Dissense klar benennen, um Standpunkte und eine gemeinsame Diskussionsgrundlage für die weitere Debatte zu haben.
2. Die Frage beantworten: Wie können wir uns einbringen, um den gesellschaftliche Transformationsprozess überhaupt zu beeinflussen? Und uns
3. Gedanken machen, mit welchen Projekten eine andere Welt / gesellschaftliche Veränderung am besten gefördert werden und welche Projekte real zu Veränderungen beitragen können.

Detlev v. Larcher

Die globale Dimension der Krise – Demokratie im Gefüge der globalen Institutionen und die Struktur des Welthandelssystems

Mit den Protesten von Seattle und Genua wurde eine neue internationalistische Bewegung sichtbar, die seitdem die globalen Herrschaftsverhältnisse thematisiert und Alternativen einfordert.

Vor allem den multilateralen Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO sowie der G8 als informellem Club der Reichen und Mächtigen sprechen wir die Legitimation ab, der Welt ihre grenzenlose Liberalisierung im Interesse der internationalen Konzerne aufzudrücken; die von ihnen vertretene Freihandelspolitik nimmt die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, globale ökonomische Ungleichgewichte und die Zerstörung der Umwelt billigend in Kauf.

Die Politik dieser Institutionen hat wesentlich zum Entstehen der globalen Krise beigetragen. „Wir bestimmen die G20 zum obersten Forum unserer internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit“, heißt es im Abschlusskommuniqué. Damit hat die G20 in Pittsburgh die Rolle der G8 nun auch offiziell übernommen. Sie repräsentiert zwar die Interessen der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer mit 85% der Weltwirtschaftsleistung und zwei Drittel der Weltbevölkerung lebt in diesen Ländern; jedoch bleiben 85% der Staaten weiterhin von diesem Club ausgeschlossen. Die G20 als erweiterten exklusiven Club zu einer Art Weltwirtschaftsregierung zu machen, haben wir bereits in vielen Stellungnahmen abgelehnt.

Notwendig ist in der augenblicklichen Situation eine Aufwertung der Vereinten Nationen, in der 192 Länder zur Lösung der Krise beitragen können.

Doch ist die UNO bei den bestehenden Machtverhältnissen ein geeignetes Instrument, bietet sie Spielräume um wichtige Veränderungen zu bewirken, ist sie zu demokratisieren? Wie bewerten wir die UNO und die anderen internationalen Institutionen?

Welche Auswirkung hat die Beantwortung dieser Fragen auf unsere Debatte um Alternativen der bestehenden Weltwirtschaftsordnung? Oder müssen zentrale globale Institutionen wie der IWF durch regionale Institutionen ersetzt werden? Was heißt das für unsere Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer oder nach einer ICU (Internationale Clearing Union/Ausgleichsunion)? Mit welchen Projekten können wir gesellschaftliche Veränderung am besten erreichen? Diesen Fragen soll sich in dem Workshop zugewendet werden.

Roland Süß

Angriffe auf die öffentliche Daseinsvorsorge – was tun?

Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist seit ca. 20 Jahren integraler Bestandteil des Neoliberalismus und die Bilanz ist vernichtend. Alles ist gestiegen: die Staatsverschuldung, die Arbeitslosigkeit, die Preise für Energie, Wasser etc. Trotz der neoliberalen Mantra, der Staat solle sich zurückziehen, der Markt könne alles besser, gehörte die Haftung des Staates dennoch permanent zur neoliberalen Praxis.

Zeichnete sich die 1.Phase der Privatisierung durch den Totalverkauf von Staatsunternehmen aus, so findet nun eine 2.Phase statt: Offiziell wird gar nicht verkauft, es wird eine Partnerschaft zwischen Privaten und öffentlichen Hand eingegangen, genannt PPP/ÖPP, die den Konzernen und Banken eine 30jährige Pfründe sichert, während die öffentliche Hand zahlt und zahlt und zahlt. Als Totschlagargument und Einfallstor der Privaten dient die durch Rot-Grün begonnene Verarmung der Kommunen auf die nun mit der Verankerung der Schuldenbremse im GG reagiert wurde.

Elementare Bereiche unserer Lebensgrundlage wie Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Straßenbau bis hin zu Gefängnissen und Friedhöfen werden so zu Finanzprodukten und somit der demokratischen Kontrolle entzogen, was zu einer weiteren Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft führt.

Wer das nicht möchte und für eine solidarische Gesellschaft sowie einem Leben in Würde für alle eintritt, muss sich diesem Ausverkauf unseres Gemeineigentums entgegenstellen, schon Verkauftes zu rekommunalisieren versuchen und gleichzeitig solidarische Projekte auf kommunaler Ebene beginnen.

In dem Workshop soll vor allem über das Wie und über die möglichen Alternativen diskutiert werden, die wir in die Öffentlichkeit tragen können.

Dorothea Härlin

1.3 Projektvorstellungen

Ausgleichsunion - Global Balancing System (GBS)

Wir sind eine Gruppe von ca. 15 Leuten, die sich beim Kreativ-Workshop zum Thema „Ausgleichsunion“ auf der letzten Sommerakademie gefunden hat. Unser Ziel ist es, dieses Thema stärker in Attac publik zu machen.

Warum ist uns das wichtig? Die „Ausgleichsunion“ soll Handelsbilanzunterschiede abbauen, eine alternative Weltwährung verwalten, stabile Wechselkurse garantieren, Kapitalverkehrskontrollen gewährleisten und demokratisch kontrolliert sein. In Zeiten der globalen Krise ist die Durchsetzung dieser Prinzipien enorm wichtig, denn dadurch würden politische Spielräume geschaffen werden und es würde u.a. bedeuten, dass die deutsche „Exportweltmeisterschaft“ in Frage gestellt würde. Darüber hinaus wäre es möglich, dieses Thema auch auf internationaler Ebene zu verankern, z. B. innerhalb der europäischen Attac und mit weiteren Bündnispartnern, z. B. den internationalen Gewerkschaften.

Was haben wir vor? Zur Zeit sind wir dabei, einen Flyer und eine Homepage zum Thema zu erstellen. Darüber hinaus gibt es weitere Überlegungen, dieses Thema möglichst anschaulich, vielleicht in Form eines Videos oder Films, darzustellen. Und wir suchen noch einen passenden Namen für das Projekt. Der Begriff „Ausgleichsunion“ basiert im Wesentlichen auf den Überlegungen des britischen Ökonomen John Maynard Keynes. Wir haben das Ziel, diesen Begriff weiter zu entwickeln. Zur Zeit favorisieren wir den Begriff „Global Balancing System“, wobei die Diskussion zur Begriffsfindung noch nicht abgeschlossen ist.

Um dieses Projekt weiter voranzubringen brauchen wir noch viele Leute, die bereit sind, sich auf dieses Thema einzulassen, sowohl auf der theoretischen, als auch auf der praktisch-kreativen Ebene. Es wäre also schön, wenn wir auf diese Weise noch weitere MitstreiterInnen finden würden.

Ulrike Paschek

Mobilitätskongress Konversion der Autoindustrie – Für das Recht auf Mobilität!

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung plant für den Oktober 2010 einen großen Auto/Mobilitätskongreß. An der Vorbereitung beteiligen sich, neben vielen weiteren Bündnispartnern (Gewerkschafter, Umweltbewegte, Verkehrspolitiker und Wissenschaftler) attacies aus den AGn GfA (Genug für Alle), AFT (ArbeitFairTeilen) und EKU (Energie, Klima, Umwelt). Ausgangspunkt ist die Krise (in der Auto- und Zulieferindustrie), die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten, die Spirale im Konkurrenzkampf, die – wenn sie nicht unterbrochen wird – zu weiteren und schwereren Krisen führen wird.

Inhalt des Kongresses:

- die Bedeutung des Autos in der heutigen Gesellschaft
- Ansätze zur Konversion der Autoindustrie hin zu gesellschaftlich nützlichen und umweltverträglichen Produkten
- Fragen zu Mobilitätskonzepten ohne Individualverkehr (Recht statt Pflicht zur Mobilität)

- die menschengerecht und ökologisch verträglich sind
- und globaler Umverteilungsnotwendigkeit Rechnung tragen
- Konzepte individuell und gesellschaftlich erfüllender und sinnvoller Arbeit
- Globale Gerechtigkeit hinsichtlich geschlechtergerechter internationaler Arbeitsteilung

Das sind erste Überlegungen innerhalb der Kongreßvorbereitung, es gibt noch jede Menge Raum, die Ausrichtung mitzugestalten. Vorstellungen von attac-Seite dazu an:

Stephan Krull
Hendrik Sander
Brigitte Oehrlein

Mobilisierung nach Kopenhagen

Die Attac AG Energie, Klima, Umwelt beteiligt sich an der Mobilisierung zum Klimagipfel nach Kopenhagen. Wir beteiligen uns an der internationalen Demonstration am 12.12., bieten Inhalte auf dem Gegengipfel an und machen bei verschiedenen Aktionen vor Ort mit.

Für Ortsgruppen gibt es die Möglichkeit, sich am dezentralen Aktionstag 05.12. hier in Deutschland mit einer Aktion zur Mobilisierung beizutragen oder selbst einen Bus oder eine Bahn-Reisegruppe zu organisieren. Hin- und Rückfahrt ab jedem deutschen Bahnhof schon für 89€ mit der DB.

Mehr Infos zu Logistik und Aktionen auf <http://www.attac-netzwerk.de/ag-eku/kopenhagen/>

Chris Methmann

Mobilisierung zur WTO nach Genf

28.November -2. Dezember 2009

Zehn Jahre nach Seattle und vier Jahre seit der letzten Ministerkonferenz 2005 in Hongkong findet vom 30. November bis 2. Dezember in Genf die nächste Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) statt. Die von der WTO rigoros betriebene Freihandelspolitik war und ist eine der wesentlichen Ursachen der globalen Ungleichgewichte und der globalen Krise. In Pittsburgh haben die G20 ihre Absicht bekräftigt die Doha-Runde der WTO im kommenden Jahr zum Abschluss zu bringen. Doch dieses Vorhaben dient Konzerninteressen und würde zu weiteren globalen Ungleichgewichten führen.

Daher will auch dieses Mal Attac, zusammen mit anderen sozialen Bewegungen in Genf, gegen die Freihandelspolitik der WTO demonstrieren. Die AG Welthandel und WTO organisiert in Kooperation mit der AG Handel des Forum Umwelt und Entwicklung, WEED und anderen eine Bustour nach Genf um gegen die Freihandelspolitik der WTO zu demonstrieren, sich zu vernetzen und an Workshops und Veranstaltungen teilzunehmen. Zum Auftakt ist am Samstag, den 28. November eine gemeinsame Demonstration geplant. Am Sonntag sind Workshops und Veranstaltungen und

während der Ministerkonferenz von Montag bis Mittwoch weitere Veranstaltungen und Aktionen geplant.

Wir wollen öffentlichen Druck aufbauen und die internationale Aufmerksamkeit auf das Treffen der WTO in Genf lenken.

Mit Euch wollen wir einen gemeinsamen Block für die Demo und phantasievolle Aktionen vorbereiten.

Dazu brauchen wir dringend Eure Rückmeldungen. Infos bitte an Hanni Gramann, hannigramann[at]t-online.de (Norddeutschland) und Roland Süß, suess[at]attac.de (Süddeutschland).

Mehr Infos auf der Mobilisierungsseite: www.attac-netzwerk.de/ag-welthandelwto/genf09

Roland Süß

Belegschaftskampagne

Die Idee zu dieser Kampagne wurde vor einigen Monaten in der AG Solidarische Ökonomie geboren. Ausschlaggebend war die einhellige Meinung, dass Attac im kommenden Jahr eine progressive und konsistente Antwort auf Betriebsinsolvenzen und Arbeitslosigkeit braucht um in den wirtschaftspolitischen Diskurs intervenieren zu können. Bereits in 2009 lag die Zahl der Insolvenzen um knapp 15 % über dem Vorjahresniveau. Richtig durchschlagen wird die Krise aber erst in 2010. Hinzu kommt, dass mit dem Jahreswechsel verschiedene keynesianische Elemente des Krisenmanagements der großen Koalition auslaufen, die realwirtschaftliche Auswirkungen über die Bundestagswahl hinaus verschoben haben (Kurzarbeitergeld, Abwrackprämie etc.). Der DGB prognostiziert für Mitte des kommenden Jahres eine Arbeitslosenquote von 11 % - wohlgemerkt anhand der aktuell verwendeten Definition, die heute auf eine Quote von 8 % kommt, die bereits systematisch klein gerechnet sind. Es ist also davon auszugehen, dass sich die Problematik in einigen Monaten nochmal drastisch verschärft. Und gerade in Deutschland bedeutet das ein gravierendes soziales Problem. Denn in kaum einem anderen westlich-kapitalistischen Land korrelieren Arbeitslosigkeit und Armut so eng miteinander wie hier.

Die Idee der Kampagnengruppe ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Überführung von Krisenbetrieben in Selbstverwaltung. Nicht neue Arbeitslosigkeit soll die öffentliche Hand finanzieren, sondern die solidarische Transformation der Betriebe und ihre Überführung in Selbstverwaltung. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für solche Transformationen sind in Deutschland ausgesprochen schlecht. Unsere Forderungen knüpfen an drei Stellen an: Es braucht erstens ein Vorkaufsrecht für Belegschaften von Krisenbetrieben, zweitens umfassende Beratungsrechte für Belegschaften, die eine Übernahme planen und drittens eine staatliche Ko-Finanzierung. Ein entsprechendes Programm würde eine vernünftige Grundlage schaffen, wirtschaftliche Betriebe die krisenbedingt von der Pleite bedroht sind zu retten. Über diese konkrete Intervention in das Krisenmanagement hinaus geht es uns auch darum, einen Weg einzuschlagen, der grundsätzliche Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaftsweise aufzeigt.

Zum momentanen Zeitpunkt ist allerdings trotz aller Überzeugung von dieser Idee auch ein gewisses Maß an Selbstkritik angezeigt. Bisher ist es uns noch nicht gelungen, die Kampagne richtig in Fahrt zu bringen. Zwar haben wir für das erste Quartal 2010 einige Anknüpfungspunkte entwickelt, doch damit eine wirklich schlagkräftige Kampagne entstehen kann brauchen wir noch mehr aktive MitstreiterInnen und eine stärkere Integration in Attac. Wir sind guter Dinge, dass uns das gelingt und hoffen dabei auch, im Rahmen des Ratschlags den einen oder die andere für unsere Idee begeistern zu können.

Steffen Stierle

Bankentribunal

Bankenrettung ist ein Milliardendeal. 102 Milliarden in Form von Bürgschaften und Krediten wurden allein der Immobilienbank Hypo Real Estate zugesagt. Der Sonderfonds Soffin verwaltet mit 480 Milliarden Euro fast die doppelte Summe des Bundeshaushaltes -- und das bar jeder demokratischen Kontrolle. Es wurde verheimlicht und gelogen, erpresst und geschönt. Mit dem Projekt Bankentribunal wollen wir ein unglaubliches Kapitel bundesdeutscher Finanzpolitik beleuchten, verstehbar machen -- und verurteilen. Es gibt kein Straf- und kein Zivilgericht, das die Kombination aus Zerstörung ökonomischer Lebensgrundlagen, Aushöhlung der Demokratie und Inkaufnahme neuer Krisen angemessen bearbeiten könnte -- deshalb kreieren wir einen "Zivilgesellschafts-Prozess".

Im April 2010 in Berlin im großen Saal der Volksbühne!"

Jutta Sundermann

PPP-Projekt

PPP steht für Public-Private-Partnership, also Öffentlich-Private Partnerschaft. Was so freundlich klingt, ist nur eine andere Form von Privatisierung und bedeutet für Kommunen und Bürger_innen einen weiteren Verlust öffentlicher Infrastruktur und demokratischer Kontrolle. Mit der schwarz-gelben Koalition müssen wir mit noch aggressiveren Durchbruchversuchen der PPP-Lobbyisten in den Kommunen rechnen. Um so mehr sollten alle, die schon bisher an dem Thema arbeiteten oder an dem Thema interessiert sind, sich jetzt zusammenschließen und vernetzen. Dazu formiert sich im Augenblick auf Initiative von ATTAC D ein breit angelegtes Bündnis unter dem Namen „PPP-Irrweg“ (mit WiB, APRI, Bahn für alle, Gewerkschaften). Im Rahmen der Kampagne werden zahlreiche Aktivitäten, wie z.B. Speakerstour, Infoveranstaltungen, Bildungsseminare, Herausgabe des PPP Schwarzbuches sowie bunte medien- und öffentlichkeitswirksame Aktionen geplant.

Einiges haben wir schon erarbeitet: einen Flyer, einen Aufkleber, einen regelmäßig herauskommenden Newsletter (das Material bringen wir mit) und eine informative Webseite, die ihr unter www.ppp-irrweg.de euch ansehen könnt.

Über Ziele und Stand der Kampagne berichten Dorothea Härlin und Laura Valentukeviciute.

Wachstumstagung: „Umverteilen statt Wachstum! Wachstumskritik und soziale Bewegungen“

Tagung: „Blasen, Wachstum und Schrumpfung“ o.

In den vergangenen zwei Jahren wurde das neoliberale finanzmarktgetriebene Akkumulationsmodell heftig durchgeschüttelt. Die aktuellen wirtschaftspolitischen Strategien vieler Länder greifen auf neo-keynesianische (Wachstums-)Instrumente zurück: Durch staatliche Eingriffe, Geldspritzen und Rettungspakete sollen die Ökonomien wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Jedoch:

Lässt sich das seit Jahrzehnten kontinuierlich zurückgehende Wachstum überhaupt mit neo-keynesianischen Konzepten wieder ankurbeln?

Und macht nicht die Dramatik der Biokrise, insbesondere des Klimawandels, ein grundsätzliches Nachdenken über das Wachstumsdogma notwendig?

Keynes selbst hielt kontinuierliches Wachstum aus ökonomischen Gründen nicht nur für unmöglich, sondern für nicht erstrebenswert. Und die Skepsis, ob kontinuierliches Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten möglich ist (auch verkleidet als "qualitatives und/oder grünes Wachstum", "nachhaltige Entwicklung" oder "Faktor Vier"), nimmt in der Öffentlichkeit zu.

Die derzeitigen Versuche, die Krise(n) zu lösen, vernachlässigen nicht nur deren Ursache(n):

Ein Sich-heraus-exportieren aus der Krise und ein globales neues Wachstumsregime programmieren bereits die nächsten ökonomischen und ökologischen Krisen vor. Die sozialen Bewegungen geschlagen stattdessen eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums vor.

In der Tagung soll es darum gehen,

Konzepte von stabilen, nicht wachsenden oder sogar schrumpfenden Ökonomien, ökonomisch zu analysieren und bewegungspolitisch und -strategisch zu diskutieren.

Neben den seit Jahren laufenden Debatten über die (Un)Möglichkeit qualitativen Wachstums, die Potentiale und Probleme öko-keynesianischer Konzepte oder die Frage, ob es einen Kapitalismus ohne Wachstum überhaupt geben kann, soll der Fokus der Tagung praktisch und politisch sein.

Folgende Leitfragen sollen diskutiert werden:

1.

Was für konkrete Forderungen lassen sich aus dem Ziel stabiler Wirtschaften ableiten?

Hier geht es um Fragen wie:

- Was für eine Makroökonomie brauchen wir?
- Welche wirtschafts- und geldpolitischen Instrumente?
- Was ist dabei die Rolle von Markt, Staat, Gewerkschaften, Bewegungen?
- Was bedeutet das für die Sozial- und Arbeitspolitik?
- Was sind Voraussetzungen, damit Null-Wachstum emanzipatorisch und nicht repressiv ist?
- Was heißt dies für Geschlechtergerechtigkeit?
- Wie sehen aus der Perspektive von Nord-Süd-Gerechtigkeit unterschiedliche Wachstums-/Schrumpfungspfade aus?
- Welche Widersprüche birgt Nullwachstum unter Beibehaltung eines liberalisierten Weltmarktes für Kapital, Güter und Dienstleistungen?
- Welche makro-ökonomischen Konzepte und Ideen können, jenseits von einzelnen (Regulierungs-) Vorschlägen, Antworten auf die Weltwirtschaftskrise von 2008 geben?

2.

Wie können emanzipatorische Bewegungen mit diesen Forderungen konkret politisch arbeiten?
Bisher ist Null-Wachstum im politischen Raum der BRD als Forderung kaum etabliert.

- Wie könnte sich dies ändern?
- Wer wären potentielle Verbündete?
- Wie lässt sich dieses Ziel von negativen Assoziationen wie "Verzicht", "Rückschritt" und "Mangel" lösen?
- Was muss speziell in der BRD passieren, um den Fetisch des Exportweltmeisters zu delegitimieren und überwinden?
- Wie verhalten sich etablierte emanzipatorische Forderungen zu Wachstum?
- (Umverteilung, Arbeitszeitverkürzung, bedingungsfl. Grundeinkommen, Finanzmarktregulierung, Konversion etc.)

Ort: Berlin / Termin: Sommer o. Herbst 2010 (Fr. Abend bis Sa.) / Größe: ca.150 Teiln.

Träger: Attac + diverse Bündnispartner

Sprachen: deutsch + englisch + ggf. franz.

Kontakt:

Alexis Passadakis: passadakis@gmx.net - 0170-2684445

Matthias Schmelzer: schmelzerm@googlemail.com - 0178-3471628

Projektidee LeserInnenbriefe

Ideengeberin und Ansprechpartnerin: Marlene Werfl (aktiv in PG Finanzfrauen, PG Bankentribunal und Bildungskoordination) Mail: mediation.werfl@arcor.de

Unterstützung durch die neugegründete Bildungskoordination

Was soll geschehen: Attacis starten eine Bildungsoffensive in Tageszeitungen. Wir setzen den Mainstreammedien etwas entgegen, schreiben LeserInnenbriefe zu aktuellen politischen Artikeln und nutzen dazu (kostenlos) das Medium Tageszeitung. Nach meiner/unserer Wahrnehmung werden LeserInnenbriefe gern gelesen und wir könnten so ein größeres Publikum im Bereich Mittelschicht/BildungsbürgerInnentum/ZeitungsleserInnen erreichen.

Wer soll mitmachen:

1. In besonderer Weise geeignet für Attacis, die wenig Zeit für die Unterstützung unserer Arbeit haben, ZeitungsleserInnen sind, und etwa einmal im Monat einen LeserInnenbrief an ihre Zeitung schicken. Wem auch dazu Zeit und Ideen knapp sind, bekommt Unterstützung durch aktuelle Muster-LeserInnenbriefe über eine Mailingliste.
2. Etwa 10 Personen, möglichst mit Kompetenzen aus unserem breiten Themenspektrum, die jeden Monat einen aktuellen Muster-LeserInnenbrief schreiben und zur Verfügung stellen.
3. Einen oder zwei KoordinatorInnen, die Muster-LeserInnenbriefe einsammeln und den Interessierten jede Woche etwa 2 aktuelle LeserInnenbriefe über eine Mailingliste zuleiten. Diese Personen sollten gut in Attac verankert sein, sich im breiten Attac-Themenspektrum auskennen, wissen welche Positionen vom Attac-Konsens getragen werden um ein attac-adäquates Angebot zu gewährleisten. Die Arbeit lässt sich gut vom heimischen PC aus durchführen.

Erwartungen an den Ratschlag: Ein Meinungsbild zu dieser Idee, weiterführende Ergänzungen, erste Mitmachangebote

Marlene Werfl

Kongress – Umverteilung von Einkommen, Macht und Arbeit (im Frühjahr 2011)

Inhaltliche Begründung: Warum ein attac-Kongress „Umverteilung“ auf der Tagesordnung steht

Die Globalisierung unter dem neoliberalen Regime hat seit Anfang der 1970er Jahre drei parallel laufende Entwicklungen hervorgerufen: Erstens die kontinuierliche Einkommensumverteilung von unten nach oben sowohl im globalen Norden wie im globalen Süden. Zweitens die Schwächung der Gewerkschaften in den einzelnen Staaten wie die Schwächung des globalen Südens in den globalen Institutionen (IWF, WTO, Weltbank). Und drittens die Festigung der Massenarbeitslosigkeit als ein Dauerzustand im globalen Norden einerseits, zunehmende Armut und Hunger im globalen Süden andererseits. Zwischen diesen drei Veränderungen zu Gunsten einer Minderheit von Milliardären und zu Ungunsten der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung und der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Finanzkrise besteht offensichtlich ein Zusammenhang. Daher ist es an der Zeit, dass globalisierungskritische Bewegungen diese dramatischen Veränderungen im Zusammenhang diskutieren und entsprechende Handlungsperspektiven entwickeln. Nach den Bundestagswahlen erscheint attac ganz besonders geeignet, als Scharnier zwischen Gewerkschaften, Sozialen Bewegungen, linken Rest-Strömungen in Parteien und gesellschaftlichen Gruppen einen solchen Kongress anzustoßen. Denn: Realpolitik widmet sich genau nicht den gesellschaftlich relevanten Problemen, sondern nur denjenigen, die zur Absicherung ökonomischer und politischer Macht erforderlich sind.

2 Vorschläge und Finanzanträge

2.1 Erläuterungen zu den Abstimmungskarten

Die fünf farbigen Karten brauchen wir bei den Entscheidungsverfahren. In bestimmten Situationen wird das Plenum dazu aufgefordert werden, mittels dieser Karten ein Stimmungsbild auszudrücken.

Die Farben haben folgende Bedeutungen:

Farbe	Mehrheitsentscheidung	Konsensentscheidung
Grün	Zustimmung	Volle Zustimmung
Blau		Zustimmung mit Bedenken
Weiß	Enthaltung	Enthaltung
Gelb		Schwere Bedenken, aber „kann damit leben“
Rot	Ablehnung	Veto

2.2 Entscheidungsfindung bei Attac D

Entscheidungen bei Attac werden grundsätzlich im Konsens herbeigeführt.

Das Konsensverfahren ist für uns so wichtig, weil Attac ein breites Bündnis ist, in dem sehr unterschiedliche Personen und Organisationen gleichberechtigt zusammenarbeiten. Unsere Diskussionskultur soll dies widerspiegeln. Wer Entscheidungen im Konsens zu finden versucht, will im Prozess alle Erfahrungen nutzen. Das verlängert oft den Prozess, die Gefahr wichtiges zu übersehen wird jedoch geringer und die Wahrscheinlichkeit, dass alle Beteiligten sich bei der Umsetzung des Beschlusses nach Kräften beteiligen, wird erhöht.

Konsens ist dabei, wenn niemand widerspricht, nicht wenn alle zustimmen. Nur wenn dies trotz intensiven Bemühens nicht möglich ist, kommt es zu Abstimmungen.

Das bedeutet gleichermaßen große "Macht" für jede/n Einzelne/n und deshalb auch ein sehr hohes Maß an Verantwortung dem Ganzen gegenüber.

Wie kommen wir nun zu einer Entscheidung im Konsens?

Nachdem eine Problematik allgemein diskutiert wurde wird ein Entscheidungsvorschlag formuliert, der möglichst alle Argumente einbezieht. Danach werden die Anwesenden entweder einzeln befragt, ob sie ihren Standpunkt in dem Vorschlag wieder finden oder gebeten, vorhandene Bedenken zu äußern. Wenn sich viele an dem Prozess beteiligen, bzw. wenn es schnell gehen soll wird ein "Stimmungsbild" erstellt, bei dem festgestellt wird, wer den Vorschlag unterstützt. Danach werden die anderen gefragt, ob sie mit dem Vorschlag "leben können". Das ist ein wichtiges Detail, denn es wird selten möglich sein, ein Ergebnis zu formulieren, dem alle zustimmen können. Konsens bedeutet also nicht, dass jeder mit dem Vorschlag völlig übereinstimmt, sondern dass er insgesamt

vertretbar erscheint. Wenn es Menschen gibt, die mit dem Ergebnis nicht "leben können" (Veto), dann muss weiter an der der Konsensfindung gearbeitet werden, oder es gibt keine Entscheidung.

Einschränkung des Konsenserfordernisses / Verfahren beim Ratschlag:

Aufgrund der großen Zahl von Teilnehmern bei bundesweiten Ratschlägen wird hier eine eingeschränkte Definition von Konsens angewendet: Sofern nicht mehr als 10% der Anwesenden den Vorschlag ablehnen gilt eine Entscheidung als im Konsens angenommen.

Melden mehr als 10 % der Anwesenden einen Dissens an, kann eine offene AG gebildet werden, in der die Konfliktpositionen vertreten sind. Diese soll einen neuen Beschlussvorschlag erarbeiten.

Wenn die Abstimmung darüber dann mehr als 10% Vetostimmen ergibt, kann (!) die Minorität ohne weitere Debatte abstimmen (mit einfacher Mehrheit), ob der Vorschlag dennoch akzeptiert wird - mit der Möglichkeit, ein kurzes Minderheitenvotum ebenfalls zu veröffentlichen. Danach wird nicht mehr über den Inhalt des Beschlusses oder des Minderheitenvotums abgestimmt, sondern mittels 90%iger Mehrheit lediglich darüber, ob beide als solche von Attac verabschiedet werden oder nicht.

Akzeptiert die Minorität den Konsensvorschlag nicht, ist die Konsensfindung auf diesem Ratschlag gescheitert. In diesem Fall können weitere Konsensrunden zwischen den Ratschlägen stattfinden. Auf dem nächsten Ratschlag kann es dann möglich sein, dass über das gleiche Thema ein Beschluss herbeigeführt wird, auch wenn mehr als 10%, aber weniger als 25% Vetos eingelegt werden.

Mehrheitsentscheidungen:

Gelten für vier Bereiche, über die der Ratschlag zu entscheiden hat:

- Die Tagesordnung
- Die Gremienwahlen
- Beschluss über den Haushalt
- Ort des Ratschlag

Über diese Belange kann mit absoluter Mehrheit (= 50% + eine Stimme) der abgegebenen gültigen Stimmen entschieden werden.

Und: Diese Entscheidungen - und nur diese - werden von den Delegierten der örtlichen Gruppen und Mitgliedsorganisationen getroffen.

2.3 Vorschläge

Änderung der Attac Regeln

Antrag von attac Mainz für den Ratschlag:

"attac Mainz schlägt den Ratschlag vom 6.-8. November 2009 vor, ein Meinungsbild darüber einzuholen, ob eine Änderung der attac Regeln herbeigeführt werden soll, die unter Aufgabe des Regional - Proporz eine Vereinfachung des Wahlverfahrens für den Rat und den Koordinierungskreis künftig möglich macht. Im Bedarfsfalle kann eine dann gegebenenfalls gewünschte Änderung der Regeln von einem Ratschlag im Jahr 2010 formal beschlossen werden.

Begründung: mündlich"

Fortschreibung der Attac-Erklärung „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“

vom 12. Oktober 2008

Eine ATTAC-interne Positionsbestimmung

verabschiedet auf dem Herbststratschlag am ____ November 2009

Bilanz: Ein Jahr Krise – und noch immer nichts gelernt

Unter dem Stichwort „Das Casino schließen“ hat sich Attac Deutschland auf seinem Ratschlag im Oktober 2008 ausführlich zur damals erst neu ins öffentliche Bewusstsein getretenen Krise geäußert. Schon damals war deutlich: Dies ist die schwerste Krise des Kapitalismus seit 80 Jahren – mit erheblichen sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen. Wieder einmal zeigt sich, dass Krisen zum Kapitalismus gehören.

Doch hat auch im Jahr eins nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers die Schwere der Krise kaum Eingang in die herrschende Politik gefunden. Die anfängliche öffentliche Aufmerksamkeit für die gewaltige Dimension der Finanzkrise machte schnell der Diskussion über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen Platz. Mit hektischen staatlichen Rettungsprogrammen für Banken und Konzerne und einer Verlängerung des Kurzarbeitergeldes wird die Krise ausgesessen. Trotz veränderter Rhetorik und einzelnen halbherzigen Maßnahmen gilt: Diejenigen, die den Crash des Systems ausgelöst haben, sitzen noch immer fest im Sattel.

Das Mantra von unendlichem Wachstum, Vollbeschäftigung und allgemeinem Wohlstand hat seine Glaubwürdigkeit verloren. Dennoch wird seit neuestem sogar versucht, den Aufschwung herbei zu prognostizieren, um damit den Eindruck zu erwecken, bald wäre die Krise vorbei und alles wieder so wie vorher. Lehren aus der Krise oder auch nur tiefere Ursachenforschung - bis jetzt Fehlanzeige! Nötig war und ist ein Bruch mit der bisherigen ökonomischen und politischen Logik, die um jeden Preis die großen Wirtschaftsakteure stärken und schützen will.

Auch nach einem Jahr haben daher unsere Forderungen, wie wir sie im Herbst 2008 formuliert haben, nichts an Aktualität und Bedeutung verloren.

Nach wie vor gilt:

Die Profiteure müssen zahlen!

Die Banken entmachten!

Finanzmärkte kontrollieren – ihre Macht brechen!

Steueroasen schließen!

Das Öffentliche den Finanzmärkten entziehen!

Die Krise sozial bewältigen!

Der soziale und ökologische Umbau der Weltwirtschaft ist unumgänglich

Genauso, wie das Versagen der offiziellen Politik offensichtlich wird, treten die strukturellen Ursachen der Krise immer deutlicher zu Tage. Tatsächlich existiert neben der aktuellen Wirtschaftskrise eine Vielzahl verschiedener Krisen, deren Ursachen und Entwicklung teils Jahrzehnte zurückreichen. Ihre wesentliche Ursache jedoch liegt im kapitalistischen Wirtschaftssystem: Die Hungerkrise verschärft sich massiv, obwohl für alle genügend Nahrung vorhanden ist. Klimawandel und Umwelterstörung nehmen gerade durch das Krisenmanagement dramatisch zu, wenn Automobil- und Chemiekonzerne gestärkt und in ihrem Umsatz gefördert werden. Der notwendige sozial-ökologische Umbau samt umweltfreundlicher Konversion fällt unter den Tisch. Für Millionen von Menschen auf dem Globus ist die soziale und materielle Krise in den Lebensverhältnissen schon

jetzt tödlich. Die durch den ebenso aggressiven wie sinnlosen „Krieg gegen den Terror“ ausgelöste Krise friedlicher Lebensverhältnisse wird durch die militärischen Pläne der Nato noch gesteigert. Schließlich ist die Krise der Demokratie und der politischen Repräsentanz offensichtlich. Solange diese multiplen Katastrophen des Kapitalismus nicht ernsthaft angegangen werden, kann von einem Ende der Krise nicht die Rede sein.

Keine Krisenbewältigung ohne Entmachtung der Banken: In den Bilanzen der Kreditinstitute schlummern noch immer Milliarden an faulen Wertpapieren. Eine weitere bedingungslose Stützung des Bankensektors öffnet ein Fass ohne Boden, ermuntert die Banken zum ungebrochenen Spekulieren mit billigem Zentralbankgeld und schafft somit den Anreiz zum "Weiter so". Deswegen ist ein tiefgreifender struktureller Umbau der Finanzwirtschaft unerlässlich. Bis es so weit ist, hat der SoFFin als ersten Schritt seine Vergabepaxis offenzulegen, damit die öffentliche Kontrolle über den Bankenrettungsschirm möglich wird.

Selbstverständlich brauchen Menschen in der modernen Gesellschaft ein funktionierendes Banksystem. Aber es gibt keinerlei Notwendigkeit für einen privaten Bankensektor. Wie die Erfahrungen mit den Landesbanken zeigen, kann die Lösung allerdings nicht in bloßer Verstaatlichung bestehen. Sie muss mit einer Neudefinition der Aufgaben, einer Verpflichtung auf das Gemeinwohl und einer strikten demokratischen Kontrolle einhergehen.

Globale Kooperation: Nicht erst mit dem Niedergang der Führungsrolle der USA ist es richtig, dass Regierungen ihr Verhalten in der Krise weltweit abstimmen und nicht auf eigene Faust handeln. Aber es gibt keinerlei Grund, warum das in dem kleinen, selbsternannten Kreis der G20 und nicht mit allen Regierungen gemeinsam geschehen sollte. Die UN ist momentan das einzig legitime Gremium zur Abstimmung der globalen Wirtschaftspolitik.

Sozial-ökologische Transformation: Die massiven Summen, die jetzt zur Krisenbewältigung ausgegeben werden, müssen für den ökologischen Umbau der Gesellschaft, für Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur sowie für die direkte Erhöhung der Sozialeinkommen genutzt werden. Dabei dürfen sie aber das bisherige Modell des Energie- und Ressourcenverbrauchs, der unbegrenzten Mobilität und der ökonomischen Machtkonzentration nicht fortschreiben. Die Entwicklung einer alternativen und solidarischen Ökonomie ist dringend geboten.

Garantie des Sozialen: Die Krise sozial zu bewältigen würde im globalen Rahmen bedeuten, besonders die arm gemachten Länder des Südens im Blick zu haben, die verstärkt unter den Krisen leiden. Sie brauchen einen umfassenden Schuldenerlass, die Abschaffung der Strukturanpassung durch den IWF und Maßnahmen, um die Ernährungssouveränität sicherzustellen. Die Abkehr von der unmenschlichen Migrationspolitik der letzten Jahre gehört ebenfalls dazu.

In unseren eigenen Gesellschaften würde das heißen, sehr weitgehende Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen und zur Stärkung öffentlicher Teilhabemöglichkeiten durchzuführen: Vermögensabgabe und dauerhaft hohe Vermögensteuer, solidarische Einfachsteuer, Mindestlohn und tatsächliche soziale Grundsicherung, solidarische Bürgerversicherung statt Verweisen auf private Vorsorge, umfassender Ausbau von kostenloser Bildung und Infrastruktur, Schluss mit Privatisierung und Private-Public-Partnership.

Demokratische Wirtschaftsweisen stärken: Die Stärkung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ist eine Voraussetzung für den langfristigen Erfolg des Versuchs, die in der Krise liegenden Chancen zu nutzen. Bürgerbefragungen und Volksentscheide, Wirtschaftsdemokratie, partizipative Entscheidungsforen nicht nur zum Haushalt sind keine überflüssigen oder gefährlichen Spielereien, sondern wichtige und notwendige Schritte, um die Krisen überwinden zu können.

Profiteure zahlen die Kosten der Krise: Eine Beteiligung an der Sanierung des Staatshaushaltes – wie in den vergangenen Jahren z.B. die Erhöhung von Massensteuern oder die Kürzung von Sozialausgaben – lehnen wir ab. Der Zusammenbruch des Casino-Kapitalismus wurde nur mit massenhaftem Einsatz von Steuergeldern verhindert, in der Folge wird die Staatsverschuldung sprunghaft zunehmen. Daher müssen die Profiteure auch für die Finanzierung der daraus erwachsenen zusätzlichen Staatsschulden vollständig aufkommen. Denn: „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“

Druck von unten: Echte Veränderungen statt Pseudo-Politik

Als Grundlage ihres Handelns ist von den herrschenden Eliten weder Solidarität noch eine bewusste politische Gestaltung im Interesse der Opfer der Krisen zu erwarten. Emanzipatorische Veränderungen brauchen Druck von unten. Daher → RATSCHLAGSBESCHLUSS

Mehr Informationen im Internet unter www.attac.de/krisen

Kontakt: Attac Bundesbüro, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: (069) 900 281-10, E-Mail: fabian.scheidler@attac.de

Erweiterung des Selbstverständnisses

Vorschlag von Attac Hannover

Der Attac Ratschlag in Leipzig möge beschließen, folgende Erweiterung in "Das Selbstverständnis von ATTAC" einzufügen:

ATTAC setzt sich ein für ein Ende aller Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Politik und Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland lehnen wir ab.

Der Satz soll am Ende des 3. Absatzes der 1. These stehen.

Begründung

Die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik, zunehmende Verteilungskriege bezüglich der Energie-, Wasser- und Nahrungsmittel-Ressourcen als Folge neoliberaler Globalisierung und die wiederholte Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan erfordern eine unmissverständliche Stellungnahme als Bestandteil des Selbstverständnisses von Attac.

Insbesondere die wiederholten Anläufe des CDU geführten Innenministeriums, per Verfassungsänderung den Einsatz der Bundeswehr im Inland zu ermöglichen, finden in den 8 Thesen zum Selbstverständnis von Attac und den Beschlüssen der Ratschläge vom 26.05.2002 und vom 29.10.2006 keine Würdigung.

Diese Einsätze sollen die bewaffnete Niederschlagung zu erwartender sozialer Proteste als Folge der neoliberalen Globalisierung und der daraus resultierenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Inland ermöglichen.

- Die Bundeswehr ist keine Polizei, sie untersteht weder den gesetzlichen Bedingungen der Länderpolizeien noch denen der Bundespolizei.
- Die Länderpolizeien und die Bundespolizei sind den ihnen übertragenen Aufgaben bisher in vollem Umfang gerecht geworden und werden es auch in Zukunft, wenn sie nicht vorsätzlich personell und finanziell ausgedünnt werden.
- Der Einsatz der Streitkräfte im Katastrophenfall ist auf Naturkatastrophen und besonders schwere Unglücksfälle beschränkt (GG Art. 35, Abs. 2 und 3). Dieser Einsatz ist verzichtbar, das THW und alle anderen Hilfs- und Versorgungsorganisationen sind, wie die erfolgreichen Einsätze im Ausland immer wieder zeigen, voll umfänglich in der Lage die Bevölkerung zu unterstützen und zu schützen.

Beschlossen am 1.10.2009 vom Plenum der Regionalgruppe Hannover.

Für Attac Hannover
Wilfried Trautmann

2.4 Finanzanträge

10 Jahre Attac

VG Zehn Jahre Attac - Antrag an den Ratschlag 6. Bis 8. 10. 2009

Zum zehnten Mal jährt sich am 22./23. Januar 2010 die Gründung von Attac Deutschland. Dieses Ereignis möchten wir mit all denen gebührend feiern, die Attac ins Leben gerufen haben, die Attac begleitet haben, die Attac waren und die Attac sind.

Wir planen für den 23. Januar 2010 keinen Workshop oder Kongress, sondern ein rauschendes Fest mit zahlreichen Überraschungen und prominenten Gästen.

Wir veranschlagen folgende Kosten für dies Fest:

Vorbereitung	700
Raum	2300
Fahrtkosten	2500
Honorare	1600
Hotel	1100
Technik + Gema	800

9000

Der Ratschlag möge diesen Betrag für das Fest in den Haushalt 2010 einstellen.

Es wird darüber hinaus zu diesem denkwürdigen Jubiläum eine CD und ein Buch geben. Diese beiden Projekte sollen sich durch Verkauf selbst tragen.

Für die VG
Detlev v. Larcher

Welthandel und WTO

Die AG beantragt zusätzlich zu der regulären Grundausstattung für AGn von 1.000€ einen Betrag von 500 € für den Bedarf der Unter-AG Agrarnetz.

Kampagne „Betriebe in Belegschaftshand“

Finanzantrag an den Attac – Herbstratschlag 2009

In den kommenden Monaten werden zahlreiche Betriebe krisenbedingt von Schließungen bedroht sein, die durchaus wirtschaftsfähig sind. Liquiditätsengpässe durch die Bankenkrise und/oder eine kurzsichtige Firmenpolitik (oft von externen Shareholdern und Fondsmanagern aufgezwungen) sind Teil der Ursachen. Doch zu Betriebsaufgabe und damit Arbeitslosigkeit und „Kompetenzverfall“ gibt es eine Alternative: Die Überführung in Selbstverwaltung durch die ArbeitnehmerInnen. Diese sind i.d.R. an guten Arbeitsbedingungen und sicheren Löhnen interessiert, anstelle sinnentleerter Profitmaximierung um jeden Preis.

Die Attac-Kampagnengruppe besteht derzeit aus ca. 12 Personen, die sich z.T. seit Jahren mit alternativer bzw. Solidarischer Ökonomie und Belegschaftsübernahmen befassen, teilweise auch auf europäischer Ebene. Die Kampagne „Betriebe in Belegschaftshand“ soll sich über ca. zwei Jahre erstrecken. In ihren Zielen geht es um konkrete Verbesserungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Übernahmen von Krisenbetrieben durch die Belegschaft. Die Forderungen beziehen sich auf die folgenden Bereiche:

- 1.) Die finanzielle Unterstützung übernommener Betriebe durch Belegschaften (zumindest eine Gleichstellung in Bezug auf andere Förderpraktiken),
- 2.) Die Finanzierung von professioneller Beratung für Krisenbetriebe und belegschaftsgeführte „Neugründungen“ (hier bestehen ungerechte Lücken),
- 3.) Ein Vorkaufsrecht für Belegschaften im Insolvenzfall.

Für den Frühjahr 2010 ist eine öffentlichkeitswirksame Aktion als „Kick Off - Event“ in der Planung. Weitere Überlegungen im Bereich Aktion beziehen sich auf die konkrete Zusammenarbeit mit einem betroffenen Betrieb.

Darüber hinaus wurde bereits begonnen, ein Bündnis aufzubauen, das u.a. offene Gewerkschaftskreise und progressive Genossenschaftsverbände einbezieht. Zur breiten Diskussion der Vorschläge wird eine Tagung mit 70-100 TeilnehmerInnen im März/April 2010 organisiert (möglichst vor den Betriebsratswahlen).

Weitere Kernbausteine der Kampagne beziehen sich auf Veranstaltungen, Pressearbeit und die Erstellung von Infomaterialien. Auch konkrete Lobbyarbeit wird derzeit von einem Teil der Kampagnengruppe vorbereitet.

Finanzen

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch nicht möglich, einen konkreten Finanzierungsplan aufzustellen, da hierbei noch zu viele Unwägbarkeiten, insb. bzgl. potenzieller Drittmittel zu berücksichtigen wären.

Verschiedene Anträge sind gestellt worden bzw. werden derzeit vorbereitet. Wir rechnen damit, dass wir gut die Hälfte der für die Kampagne entstehenden Kosten über Drittmittel decken können.

Dies führt uns dazu, von einem Eigenmittelbedarf i.H.v. 5500 Euro für die Kampagnenarbeit bis Ende 2010 auszugehen. Auf dem Sommerratschlag in Karlsruhe wurden bereits 2500 Euro als Anschubfinanzierung aus dem Haushalt 2009 bewilligt.

Daher beantragen wir hiermit 3000 Euro aus dem Haushalt 2010.

Relevante Größen auf der Ausgabenseite werden u.a. sein: Herstellung von Aktionsmaterialien, Tagung im Frühjahr, Kampagnentraining und Moderation, ggf. zus. Koordinationskosten.

Für Rückfragen:

Steffen Stierle, Tel. 0170 4451755, steffen@attac.de

Bildungskoordination (Biko)

Die BiKo ist als ein erstes Projekt die Aktualisierung der ReferentInnen-Pools angegangen. Bis zum 31.01.2010 soll der Pool überarbeitet sein. Ziel dieses Projekts ist es, einen ReferentInnen- Pool geordnet nach Attac- Themenbereichen und nach Kriterien wie Attac-Einbindung (Wissen um Attac-Strukturen und Attac-Konsense) und Zielgruppen (ReferentInnen, die z.B. geeignet sind an Schulen zu gehen etc.) zu haben. Dieser Pool soll den Attac-Gruppen zur Verfügung gestellt werden.

Immer wieder taucht in der Vermittlung von ReferentInnen das Problem auf, das einE ReferentIn zu einer Veranstaltung eingeladen wird, aber keine Fahrtkosten oder Honorar gezahlt werden kann. Attac-Gruppen können in diesem Fall auf den Gruppenaktionstopf zugreifen, andere Initiativen oder Schulen nicht. Wenn wir möchten, dass sich Attac verstärkt in die öffentliche Diskussion einbringt, müssen wir sicherstellen, dass unserer ReferentInnen auch die Fahrtkosten bezahlt bekommen und evtl. eine Aufwandsentschädigung.

Deshalb möchten wir für 2010 *3000€* beantragen, die für diesen Zweck dem ReferentInnen- Pool zur Verfügung gestellt werden. Fahrtkosten und Aufwandsentschädigung werden aus diesem Topf natürlich nur gezahlt, wenn es keine andere Möglichkeit der Finanzierung gibt und der/die ReferentIn darauf angewiesen ist.

Konkret heißt das:

- Fahrtkosten werden nach der Attac-Fahrtkostenregel übernommen.
- - Aufwandsentschädigung für ein Vortrag, die Teilnahme an einem Diskussion,

die Gestaltung eines Workshops...:

100€ für bis zu zwei Stunden/ 200€ für bis zu 4 Stunden/ 350€ für einen ganzen Tag

Danke und viele Grüße, Johanna

Für Fahrtkosten der BiKo und kleinere Aktivitäten beantragen wir für 2010 2000€. Wir haben am 26.10.09 unser nächstes Treffen und machen dann erst die Planung für die nächsten Monate. Deshalb können diese Aktivitäten jetzt noch nicht genauer beschrieben werden.

Viele Grüße, Johanna

Attac D – EU-AG

Aktion	Betrag
Allgemeine Aktivitäten der EU-AG: 3-4 Treffen der EU-AG (Raummiete, Kopierkosten, Arbeitsmaterial, Reisekosten)	1000,- €
Flyer für Aufklärungsarbeit: - Allgemeiner Flyer zur Arbeit der EU-AG, und / oder - Lissabon-Vertrag und / oder - Ungezügelter Kapitalismus / Arbeitsrecht in der EU,	700,- €
Summe:	1700,- €

Erläuterung:

Zur Wahl des Europa-Parlaments haben wir einen Flyer verfasst: Er zählte die Defizite auf, welche die jetzige europäischen Strukturen aufweisen und machte deutlich, was nach Meinung von attac notwendig ist, um ein soziales, ökologisches, demokratisches und friedliebendes Europa zu schaffen.

Dann wurden alle lokalen attac-Gruppen auf diesen Flyer hingewiesen. Die Resonanz war überraschend: es wurden 3.500 Exemplare verschickt, die weitere Nachfrage konnte nicht mehr erfüllt werden.

Wir haben den Eindruck gewonnen, dass dieser Weg mit knappen Informations-Blättern und gezielter Ansprache aller lokalen attac-Gruppen weiter verfolgt werden sollte. Deshalb haben wir geplant, auch im nächsten Jahr wieder einen oder zwei Flyer zu verfassen und zu verteilen.

14.10.2009

gez. Theo Tekaas

(Finanzreferent der EU-AG)

Vorschlag für eine Verstetigung der Gruppenunterstützung

AG "Gruppenunterstützung" des Rates / Projektgruppe "Gruupies"

(Christiane Metzner, Deborah Ruggieri, Ulrike Paschek, Daniel Heggemann, Rene Zeitz, Chris Methmann)

Dem letzten Herbstratschlag hat die AG Gruppenunterstützung des Rates die Einrichtung einer Stelle für die Neugründung und Aktivierung von Attac-Gruppen vorgeschlagen. Der Ratschlag ist diesem Vorschlag gefolgt. Seit Anfang des Jahres ist Holger Oppenhäuser mit einer halben Stelle im Bundesbüro für die Neugründung und Aktivierung von Gruppen zuständig. Und es hat sich ein ganzer Strauß von Aktivitäten rund um Stelle und Projektgruppe entwickelt. Deswegen schlagen wir dem Ratschlag vor, die eingerichtete Stelle zu verstetigen und darüber hinaus einen kleinen Projektetat zukommen zu lassen.

Was bisher geschah

Insgesamt haben sich im vergangenen Jahr 15 Attac-Gruppen neu gegründet. In weiteren 15 Städten ist ein Gründungsprozess angestoßen. Diese Gruppengründungen sind natürlich nicht alle allein von Holger angestoßen worden, aber fast alle wurden/werden von ihm begleitet. Und in vielen Stellen hat der den Gruppen über die entscheidende Schwelle im Gründungsprozess hinweggeholfen – durch die Vermittlung von Know-How, Referenten, praktische Tipps, Vernetzungsarbeit usw. Interessant ist dabei, dass fast alle der neuen Gruppen in kleinen und mittelgroßen Städten entstanden sind. Die Gruppenaktivierung kanalisiert dabei die Dynamik, die sich im Zuge der gegenwärtigen Krise in vielen Orten entwickelt, in die Gründung von Attac-Gruppen. Attac wächst in der Breite.

Außerdem hat die Projektgruppe in diesem Jahr auch den Aufbau eines ehrenamtlichen PatInnen-Pools für die Unterstützung von neuen und existierenden Gruppen in die Hand genommen. Im September fand ein erstes Fortbildungswochenende rund um Gruppenthemen statt (Konflikte, Moderation, Dynamik etc.). Und zur Zeit läuft eine Veranstaltungstour zum Thema "Der Süden und die Krise" durch mehrere neue (und existierende) Gruppen. Auch wenn noch Einiges auf unserem Zettel steht, ist in diesem Jahr also Vieles angestoßen worden. So lässt sich nach einem Jahr "Pilotphase" sagen: Die neue eingerichtete Stelle für Gründung und Aktivierung von Gruppen ist ein echter Erfolg.

Was wir vorhaben

Deswegen soll es nach unserer Meinung im nächsten Jahr weitergehen. Wenn die Tigerenten den Atomausstieg kippen, Gentechnik zum Durchbruch verhelfen oder zum (un-)sozialen Streichkonzert blasen, wird sich überall in der Republik Protest regen. Damit der sich aber auch zu einer tatsächlichen Opposition formieren kann, braucht es politische Strukturen. Und deswegen braucht es noch mehr Attac-Gruppen. Die Gründungsdynamik wird sich auch im nächsten Jahr fortsetzen.

Deswegen wollen wir im Wesentlichen am bestehenden Konzept festhalten. Dabei wollen wir im nächsten Jahr noch stärker selbst Leute und Zusammenhänge ansprechen und zur Gründung von Gruppen anstoßen. Das PatInnen-Konzept soll verfeinert und ausgeweitet werden. Und wir wollen noch mehr Unterstützungsmaterial für neue Gruppen entwickeln, wie z.B. eine Broschüre und ein geeignetes ReferentInnen Programm. Und damit all dies möglich wird und die erreichten Erfolge nicht verpuffen, bitten wir den Ratschlag, die eingerichtete Stelle um ein Jahr zu verlängern und einen Projektgruppenetat in Höhe von 2000€ für die laufenden Kosten (Fahrten, Material etc.) einzurichten.

Damit hätten wir die nötige Grundfinanzierung. Die weiteren Mittel wollen wir wie in diesem Jahr über Drittmittel einwerben.

Kosten der Stelle: 23.000€

Projektetat: 2.000 €

Geplante Drittmiteleinwerbung: 5.000€

Antragssumme: 25.000€

CoordiTrad

Finanzantrag an den Ratschlag von attac De, November 2009

Für ein Treffen von aktiven ÜbersetzerInnen aus Deutschland

und für eine zweitägige Fortbildung von interessierten ÜbersetzerInnen

wird ein Zuschuss von 1500 Euro beantragt

(Fahrtkosten und Unterbringung von 10 bis 15 aktiven ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen; Kosten für Räume und Materialien für die Fortbildung).

Dieses Treffen sollte unmittelbar vor der Sommerakademie stattfinden, um weitere Interessierten zu gewinnen und das Suchen von Räumen zu vereinfachen.

Begründung:

Die Anforderungen an Übersetzungen nehmen zu – da die Herausforderungen an die altermondialistische Bewegung wachsen und wir mehr denn je uns mit Bewegungen anderer Länder und Kontinente austauschen sollten.

Es gibt ein Netz von ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen (www.coorditrad.attac.org), deren Arbeit muss weiter ausgebaut werden und eine personelle Verstärkung ist notwendig.

Statt einer weiteren Begründung füge ich dem Antrag den Kurzbericht des europaweiten coorditrad-Treffens hinzu.

Kurzbericht des coorditrad-Treffens im Juli 2009 in Freiburg

30 Mitglieder von Coorditrad aus Frankreich, Deutschland, Schweiz, Österreich, Belgien, Italien, Spanien ... und Argentinien haben sich in Freiburg von Freitag (3.7.) 14 Uhr bis Sonntag 15 Uhr getroffen.

Es waren intensive und anspornende Tage, die zum Ausbau von coorditrad beitragen werden.

Die Themen waren:

Praktische Probleme bei Übersetzungen / Sichern der Qualität der Übersetzungen / Hilfsmitteln (Wörterbücher, auch elektronisch) / Erarbeitung eines Glossars der altermondialistischen Bewegung / Übersetzungsprogramm Wordfast / Übersetzung in Partnerarbeit / Ausbau und Gestaltung von coorditrad / Werben für weitere Mitglieder / Anbieten von Fortbildungen während oder vor den Sommerakademien

Die angestrebte Koordination mit weiteren Übersetzerdiensten wurde nur angesprochen, da leider nur ein Übersetzungsdienst anwesend war.

Marie-Dominique Vernhes

Sand im Getriebe, deutsche Redaktion Finanzantrag Nr. 1

an den Ratschlag von attac De, November 2009

Wir beantragen, für die Unterstützung der weiteren Arbeit an Sand im Getriebe im Jahr 2010 1000 € zu bewilligen:

Begründung:

Die Redaktion von „Sand im Getriebe“ besteht zurzeit aus 4 Mitgliedern: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Maurizio Coppola (Attac Schweiz).

Die gesamte Tätigkeit der Redaktion ist ehrenamtlich, die laufenden Kosten der redaktionellen Arbeit – Hardware und Telefongebühren aber auch Druckkosten - tragen wir selbst.

Ein Redaktionstreffen fand im März 2009 in Wien statt, ein zweites wird für Dezember in der Schweiz organisiert.

Wir beantragen die Übernahme der Kosten für Reisen von MD Vernhes und P. Strotmann

- zu zwei Redaktionstreffen Mitte 2010 und Ende 2010 (auf 400 € geschätzt)

- und zu den Ratstreffen (pro Ratstreffen Teilnahme von mindestens einem von uns, insgesamt 250 €)

Wir beantragen auch 350 € für Druckkosten: Werbezettel, Werbeexemplare und Freiexemplare an die Autoren und an die ÜbersetzerInnen (insgesamt ca. 20 Exemplare pro Heft bei 8-10 Heften pro Jahr)

Zur Information:

Die Ergebnisse unserer Arbeit sind unter der Adresse

<http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/>

<http://sandimgetriebe.attac.at/>

zu lesen.

Peter Strotmann und Marie-Dominique Vernhes, SiG-Redaktionsmitglieder in Deutschland

Sand im Getriebe, deutsche Redaktion Finanzantrag Nr. 2

an den Ratschlag von attac De, November 2009

„Sand im Getriebe“ existiert seit dem 3.9.2001, seitdem sind 77 Nummern erschienen.

Manche Artikel haben einen verbleibenden Wert, sind aber bei dem jetzigen Angebot Nummerweise schwer zu finden.

Darum haben wir in Absprache und mit Unterstützung des WebTeams angefangen, eine thematische Darbietung dieser Artikel aufzubauen. Wir streben an, möglichst zur 10-Jahresfeier von attac De schon gut vorangeschritten zu sein und bis zum April 2010 diesen Prozess abgeschlossen zu haben, so dass wir danach nur noch die neuen Artikel einzuordnen hätten.

Diese zusätzliche Tätigkeit ist jedoch so arbeitsintensiv, dass sie in Widerspruch zu der Weiterführung der eigentlichen Redaktionsarbeit steht. Wir möchten daher die Verwaltungsarbeit (Tabellen aufbauen, übersichtliches Einstellen auf die Internetseite, ...) an eine „Honorarkraft“ weiter vergeben, daher beantragen wir eine finanzielle Unterstützung von 1000 Euro für Ende 2009 - Anfang 2010

Peter Strotmann und Marie-Dominique Vernhes, SiG-Redaktionsmitglieder in Deutschland

AG Finanzmärkte und AG Steuern - Finanztransaktionssteuern

Antrag für Ratschlag vom 06.-08.11.2009 in Leipzig

Projekt: Finanztransaktionssteuern

Hiermit beantragen wir, für die AG Finanzmärkte neben dem regulären Gruppenetat von 2.000 Euro eine zusätzliche Summe von 3.000 Euro zur Verfügung zu stellen, um Aktivitäten zu Finanztransaktionssteuern zu finanzieren.

Begründung:

Die Diskussion um Finanztransaktionssteuern hat in den letzten Monaten erfreulicherweise an Dynamik gewonnen. Dadurch dass sich sowohl in Deutschland im Wahlkampf Kanzlerkandidat Steinmeier und Kanzlerin Merkel als auch international z.B. das Europäische Parlament dafür aussprachen, sind diese Steuern wieder in der Öffentlichkeit präsent. Damit den Worten aber auch Taten folgen, muss noch ein langer politischer Weg gegangen werden. Nur wenn das Thema weiterhin auf der Tagesordnung gehalten wird, könnte die Steuer Realität werden. Attac ist dabei besonders geeignet und gefordert, Einfluss auf die Politik zu nehmen, und sollte diese Gelegenheit wahrnehmen. Deshalb will die AG Finanzmärkte und Steuern im kommenden Jahr Aktivitäten zu Finanztransaktionssteuern durchführen und unterstützen. Wir sind schon Teil eines neuen Bündnisses, das von dem Jesuiten

Jörg Alt ausging. In diesem Bündnis ist im Mai 2010 ein großer Kongress in Nürnberg geplant, an dem wir uns beteiligen wollen. Zugleich werden wir in anderen Bündnissen europäisch und international aktiv für diese Steuer sein, wodurch zusätzliche Reisekosten entstehen. Schließlich sind weitere Aktionen zu Finanztransaktionssteuern geplant, u.U. eine Postkartenaktion oder Anzeigen. Um diese Aktivitäten zu finanzieren, beantragen wir deshalb zusätzliche 3.000 Euro.

Im Namen der AG Finanzmärkte und Steuern von Attac

19.10.09, Markus Henn, Detlev v. Larcher

Markus Henn
Kazmaistr. 47
80339 München
Tel. 0048-089-50078650
markus-henn@web.de

Detlev von Larcher
Böttcherei 210
D-28844 Weyhe
Tel. 0049-421-894311
mobil 0049-160-93708007
Fax: 0049-421-801885
detlev.larcher@t-online.de

2. Kongress Continente Rebelde – Alternativen zum Neoliberalismus

Antrag Ratschlag - AG Lateinamerika

19.10.2010

2008 hat die AG Lateinamerika erfolgreich einen ersten Lateinamerika-Kongress in Mannheim durchgeführt. An dem Kongress nahmen 500 Personen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen statt. Die Reaktion auf den Kongress war ausgesprochen positiv. Zahlreiche TeilnehmerInnen haben uns aufgefordert, jährlich einen solchen Kongress zu organisieren.

Wir möchten, nach einem Jahr Pause 2010 wieder einen Kongress durchführen. Das Konzept soll ähnlich sein wie beim letzten mal:

Aufzeigen von konkreten Alternativen in Lateinamerika durch Vertreter aus Lateinamerika, Herstellung des Bezuges zu Deutschland bzw. der EU, Diskussion der Übertragbarkeit und Möglichkeiten des Austausches und der gemeinsamen Aktivitäten.

Der Bedarf an den Entwicklungen von Alternativen ist nach wie vor sehr groß, und wird immer notwendiger. Der Kongress bietet die Möglichkeit, verschiedene politische Gruppen zusammen zu führen.

Mit dem Putsch in Honduras ist aber auch deutlich geworden, dass die Rechte und die Oligarchien in Lateinamerika, den USA und Deutschlands der Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Die Unterstützung der Naumann Stiftung ist da nur ein Beispiel. Von daher wird auch diese Thematik eine wichtige Rolle spielen.

Mögliche Themen des nächsten Kongresses können sein:

Neue Finanzmarktarchitektur in Lateinamerika (Banco del sur, Sucre, Fondo del Sur, Rolle der Zentralbanken)

Solidarischer Handel: Süd-Süd (ALBA, ASA, LA-EU)

Soziale Bewegungen in Lateinamerika und ihr Verhältnis zu den Regierungen (Beirat ALBA, Sozialforen usw.)

Buen Vivir: anderes Konsummodell, Kritik des BIP-Wachstum (neuer Indikator: Stiglitz 2 Gruppe)

Veränderungen der internationalen Machtverhältnisse: ALBA, UNASUR, G20-G192, Klimagipfel (überhaupt UNO Institutionen wie UNCTAD) WTO, EU-Lateinamerika, Blockfreien Bewegung (dabei auch Rolle von den Staaten. China, Indien, Südafrika, Russland, Brasilien)

Gegenbewegungen: Putsch in Honduras (als Beispiel), Aktivitäten der Rechten in LA, USA, Deutschland, Rolle von Stiftungen, Rolle von NGOs

Darüber hinaus wird es wieder kulturelle Beträge sowie ein Vernetzungstreffen geben.

Der Kongress soll im Herbst nächsten Jahres stattfinden. Der Kongress sollte ein Attac Kongress (und nicht nur ein Kongress der AG) sein.

Für die Durchführung von 'Continente Rebelde 2' kalkulieren wir unter Berücksichtigung der Ausgaben für den Kongress 2008 derzeit anfallende Kosten in Höhe von 34.800 €. Über Drittmittelaquise, TeilnehmerInnenbeiträge, Spenden und Einnahmen über Essenskarten und eine Cafeteria rechnen wir mit einem Geldrückfluss in Höhe von 29.000 €. Die noch zu deckenden 5.800 € Euro beantragen wir hiermit als Anschubfinanzierung aus dem Attac-Budget "Projektmittel".

Ausgaben		Einnahmen	
Honorare, Anreisekosten und Übernachtung für ReferentInnen	5.000 €	Beitrag von Attac	5.800 €
Flugkosten für vier ReferentInnen	12.000 €	TeilnehmerInnenbeiträge	10.000 €
Orga-Personal	2.500 €	Essensmarken	7.000 €
Kulturprogramm	1.000 €	Drittmittel	9.000 €
DolmetscherInnen und Anlage	2.000 €	Cafeteria	2.000 €
Flyer	400 €	Spendenmailing	1.000 €
Anzeigen (Zeitungsbeilage)	1.500 €		
Sonstiges	500 €		
Versicherung	500 €		
Verpflegung	7.000 €		
Cafeteria	900 €		
Raummietkosten	1.500 €		
	34.800 €		34.800 €

AG Lateinamerika

Ansprechpartner:

Kerstin Sack kerstin.sack@web.de

Christoph Mayer christoph.mayer2008@gmx.de

AG Internationales

Nach dem Ergebnis des Mailingverfahren in Sachen Unterstützung der europaweiten Armutskampagne 2010 möchte ich den bereits gestellten Antrag der AG Internationales um den im Beschluss erwähnten Betrag von 1.000.00 € zusätzlich beantragen.

Hugo Braun

Antrag auf Förderung der „PPP-Irrweg-Kampagne“ durch attac Deutschland

Wer: bundesweite Kampagne gegen PPP in attac.

Initiiert von:

- AG „Argumente“ von attac Berlin (www.ppp-irrweg.de, ppp@listi.jpberlin.de)
- AG Privatisierung in attac
- Gerlinde Schermer, aktive Expertin zu PPP
- Werner Rügemer, Privatisierungskritiker und Autor

Bündnismitglieder:

- APRI-Netzwerk (www.kommunal-ist-optimal.de, apri@listi.jpberlin.de)
- Bündnis Bahn für Alle (www.bahn-fuer-alle.de)
- Water Makes Money (<http://watermakesmoney.com>)

Warum: Finanz- und Wirtschaftskrise ist Folge dramatisch aufgeblähter Finanzmärkte und eines globalen Privatisierungs-Wahnsinns. PPP ist die kommende Variante von Privatisierung. Den haushaltspolitischen Kater nach Bankenrettung und Konjunkturprogrammen wird die Politik zu einer neuen Sparwelle instrumentalisieren. „Leere Kassen“ + Schuldenbremse sind ein Hauptargument für PPP. Anders als bei großer Staatsunternehmen, die für sich Milliardenwerte darstellen, ist das Ziel von der Betreiber von PPP, über hunderte von kleineren Projekten das kommunale öffentliche Eigentum unter ihre Kontrolle zu bringen.

Wie schädigt PPP die Bürger vor Ort?

- Geheimverträge mit 25, 30 teilweise sogar 40 Jahren Laufzeit höhlen die Demokratie aus und entziehen den Ländern und Kommunen die Möglichkeit, mit öffentlicher Infrastruktur Politik zugunsten der Bürger zu machen
- Öffentliche Infrastruktur wird dabei weit unter Preis vermietet
- Öffentliche Infrastruktur wird durch völlig unzureichende Instandhaltung in der Substanz geschädigt
- Neubau von öffentlicher Infrastruktur erfolgt zu enorm überhöhten Preisen

- Durch die feste Vergabe auch des Betriebs zu starren und überhöhten Preisen wird ein weiterer großer Anteil der öffentlichen Haushalte der demokratischen Teilhabe auf Jahrzehnte entzogen

Überwindung der Vereinzelung, Bündelung der Kräfte

Der Kampf gegen PPP nimmt bereits in vielen Kommunen stark zu. Die Vielfalt ist jedoch gleichzeitig eine Form von Zersplitterung. Kommunale Auseinandersetzungen verbinden sich kaum mit bundesweiten Kampagnen, und auch sektoral teilt sich der Widerstand auf in Experten für Wasser, Strom, Verkehr etc. Der Widerstand gegen PPP benötigt daher eine gemeinsame bundesweite Presse- und Kampagnenarbeit, in der Erfahrungen übertragen und Handlungen bundesweit koordiniert werden.

Ziele: Alldem will der Bündnis PPP-Irrweg entgegenwirken und folgende Ziele erreichen:

Übergreifend:

- Ausverkauf des öffentlichen Eigentums bremsen, Plünderung der öffentlichen Haushalte verringern
- Bedeutung von öffentlichen Diensten und öffentlichem Eigentum für das Funktionieren von Demokratie und allgemein zugänglicher Daseinsvorsorge stärker in der Politik verankern
- Öffentliche Dienste und öffentliches Eigentum als Wege zum Schließen der Schere zwischen arm und reich etablieren
- Bewusstsein für die öffentliche Dienste und das öffentliche Eigentum als einen zentralen Schlüssel für den Stopp am Raubbau an der Natur schaffen
- An der Demokratisierung bestehender öffentliche Dienste mitwirken
- öffentliche Dienste aus der Klammer der kurzfristigen mikroökonomischen Verwertungsmechanismen befreien

Bezogen auf das Privatisierungsmodell PPP:

- PPP als zu Lasten der Gemeinschaft gehenden Mechanismus entlarven, insbesondere
- PPP als „Futter für die nächste Spekulationsblase“ entlarven
- PPP als Form von Privatisierung entlarven
- PPP als Form von versteckter Verschuldung entlarven
- laufende PPP-Vorhaben stoppen
- neue PPP-Vorhaben in der Frühphase verhindern
- PPP-freundliche Gesetzgebung verhindern

Aktivitäten: Beim ersten Bundesweiten Treffen am 3.-4. Oktober in Kassel wurde die Strategie der Kampagne ausgearbeitet und folgende Schritte geplant:

Aufbau / Mobilisierung einer bundesweiten Kampagne „PPP-Irrweg“ auf der Basis von verschiedenen Gruppen und Aktivist_innen

- regelmäßiger Rundbrief über die ppp@listi.jpberlin.de und andere nahestehende mailing-listen (APRI, attac-priv-AG, Bahn für Alle, Water Makes Money, insges. ca. 15.000 Adressen)
- Aufbau und Pflege der Internetseite www.ppp-irrweg.de (für Aktive und Interessierte)

Entwicklung von bundesweit verwendbaren Kampagnenmaterial, Slogans und Aktionsideen

- Fortentwicklung des bestehenden Flyers und bestehenden Aufklebers
- Entwicklung von Slogans unter Ausnutzung des Kürzels PPP
- Entwicklung einfacher bildgebenden Aktionen für Fotoredaktionen
- Entwicklung eines einfachen Massenmittels für die lokalen Gruppen zum Anbringen einer prägnanten, wiedererkennbaren PPP-Kritik im öffentlichen Raum

bundesweite Koordination und Zusammenführung von Inhalten

- Aufbau einer Datenbank zu lokalen und bundesweiten PPP-Erfahrungen und -Akteuren
- Entwicklung einer Argumente-Sammlungen, Entkräftung der zahlreich publizierten Argumente-Sammlungen der PPP-Befürworter („Schwarzbuch PPP“)
- Erarbeitung eines Muster-Vortrags und Info-Mappen zu PPP für Kommunalpolitiker_innen ("Erste Hilfe bei PPP")
- Begleitung von besonderen PPP-Ereignissen durch tagesaktuelle Pressearbeit

zentral angeregte oder durchgeführte Aktionen

- spektakuläre Auftaktaktion mit Bildwirkung (Anlass Jahrestagung von BPPP am 19.11.2009 in Berlin)
- öffentliche Aktionen zu bundesweiten PPP-Anlässen
- Anregung und Koordination einer bundesweiten Aktionswoche (Speakers-tour)
- Koordination einer Unterschriften-Sammlung
- Bundesweite Bündnisarbeit mit dem Ziel der Vorbereitung der Kampagne
- öffentliche Kundgebung zum Abschluss der Kampagne

Für die oben genannten Aktivitäten werden 9.950 € beantragt (Ausgaben 15.950.- €, Einnahmen 6.000.- €)

Wann: Januar 2010 – Juni 2010, Weiterführung bis Dezember 2010 geplant

Wo: Berlin, sowie dezentral bei lokalen Initiativen, z.B. in Leipzig, Braunschweig, Mühlheim, Hamburg, Stuttgart, Frankfurt/Main, Karlsruhe, Freiburg etc.

Initiative für ein Banken-Tribunal

Antrag der Projektgruppe Bankentribunal

Auf der Sommerakademie 2009 formierte sich, angestoßen durch Mitglieder von Attac München und den Publizisten Werner Rügemer, die Initiative für ein Bankentribunal, das am Beispiel der Hypo Real Estate Krisenursachen, fragwürdige Rettungsmaßnahmen sowie die fehlende Vorbeugung von neuen Krisen öffentlichkeitswirksam aufarbeiten soll.

Nachdem der Karlsruher Ratschlag das Projekt unterstützt hat, bildete sich eine bundesweite Projektgruppe, die sich seither etwa einmal monatlich trifft und darüber hinaus in verschiedenen Unter-AGen inhaltlich und organisatorisch arbeitet.

Als Kooperationspartner des Projekts konnte die Berliner Volksbühne gewonnen werden, eines der renommiertesten Theater im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus auch international für innovatives zeitkritisches Theater bekannt. Der große Saal des Hauses fast etwa 900 Zuschauer/innen.

Das Projekt soll dort am Wochenende vom 9. bis 11. April stattfinden.

Hintergründe

Im Herbst 2008 wurde die private Immobilienbank Hypo Real Estate mit staatlichen Bürgschaften und Kreditzusagen in Höhe von 102 Milliarden Euro vor der Insolvenz gerettet – genau ein Tag nachdem die 5-jährige Haftung durch die ehemalige Muttergesellschaft Hypovereinsbank auslief. Begründung der Rettung: Eine Kernschmelze des Finanzsystems hätte sonst gedroht. Im Frühjahr 2009 wurde die Bank dann verstaatlicht und wird seither mit ständig wachsenden Eigenkapitalzuschüssen des Bundes in Milliardenhöhe am Leben erhalten, bisher ca. 10 Mrd. €. Noch ausstehender Kapitalbedarf: ungewiss.

Ebenfalls im Herbst 2008 verabschiedete der Bundestag im Schnellverfahren das Finanzmarktstabilisierungsgesetz – entworfen von der privaten Anwaltskanzlei Freshfield Bruckhaus Deringer –, das die Einrichtung eines Sonderfonds für Bankenrettungen (SoFFin) mit einem Budget von 480 Milliarden Euro vorsieht. Dieses Budget – mehr als das Doppelte des Bundeshaushaltes – ist der Kontrolle des Parlaments und der Öffentlichkeit de facto vollständig entzogen.

Sowohl die Größenordnung der Bankenrettungspakete als auch ihre Intransparenz und Demokratieverne sind in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel.

Seit Inkrafttreten der Rettungsmaßnahmen hat außerdem weder eine substantielle Offenlegung der Risiken, die in den Bilanzen der geretteten Banken versteckt sind, stattgefunden, noch ein allgemeines Verbot der Finanzpraktiken, die in die Krise geführt haben. Einer neue Blase und neuen Krisen wird nicht vorgebeugt, die Banken können weiterhin hochriskante Geschäfte tätigen und davon ausgehen, dass sie beim Absturz mit Steuergeldern aufgefangen werden.

Abzusehen ist außerdem, dass die Kosten der Krise langfristig der Allgemeinheit aufgebürdet werden – in Form von massivem Stellenabbau, Sozialkürzungen und weiterer Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Die Bankenrettungen folgen damit der Logik, die privaten Gewinne aus dem globalen Spielcasino unangetastet zu lassen und die Verluste zu vergesellschaften. Sie stellen in ihrer intransparenten Form eine radikale Aushöhlung demokratischer Prinzipien dar und gefährden das öffentliche Wohl.

Bisher hat weder eine angemessene öffentliche Aufarbeitung dieser Vorgänge noch eine ernsthafte Diskussion über grundlegende Veränderungen des Finanzsystems stattgefunden. Auch der Bundestagsuntersuchungsausschuss zur Hypo Real Estate ist seiner Aufgabe nicht gerecht geworden. So haben diverse Geheimhaltungsaufgaben den Ausschuss zur Farce gemacht. Vor diesem Hintergrund hat es sich die Projektgruppe zur Aufgabe gemacht, ein Tribunal ins Leben zu rufen, das Aufklärung schaffen und Alternativen entwickeln soll.

Zu den Fragen, die das Tribunal bearbeiten wird, gehören:

- 1.) Waren die Rettungen der HRE und anderer Banken durch Steuergelder tatsächlich alternativlos?
- 2.) Wie ist es möglich, dass eine einzelne Bank das gesamte Wirtschaftssystem und die von ihm abhängigen Menschen in den Abgrund zu reißen droht?
- 3.) Mit welchen Praktiken ist der Einbruch des Finanzsystems herbeigeführt worden?
- 4.) Warum wurden bisher kaum Maßnahmen ergriffen, um krisenverursachende Praktiken wirksam zu unterbinden?
- 5.) Welche Verantwortlichen sind hinter den anonymen „Sachzwängen“ auszumachen? Welche Rolle haben Bundesregierung und Bankenaufsicht gespielt?
- 6.) Wie können wir dafür sorgen, dass die Verursacher der Krise für ihre Folgen in Haftung genommen werden und bezahlen?
- 7.) Können wir zulassen, dass weiterhin Banken existieren, die so groß, so undurchschaubar und so unberechenbar sind, dass sie den Staat und seine Bürger mit der Drohung einer „finanziellen Kernschmelze“ erpressen können?
- 8.) Welche Alternativen gibt es für ein Bankenwesen, das den Bedürfnissen der Menschen dient statt im globalen Casino hochriskante Wettgeschäfte zu betreiben? Welche erfolgreich praktizierten Beispiele gibt es dafür in Geschichte und Gegenwart, in Europa und anderen Teilen der Welt?

Form des Tribunals

Das Tribunal soll am Freitagabend (9.4.) mit einer Eröffnungsrede eines internationalen Gasts (angesprochen werden Naomi Klein und Michael Moore) und einer Lesung der Volksbühne zum Thema Banken eröffnet werden.

Das eigentliche Tribunal soll am Samstag, dem 10.4., stattfinden, beginnend um 9.30 Uhr mit der Anklageerhebung. Es folgen mehrere Blöcke der Beweisaufnahme, in der zahlreiche Zeugen zu den Vorgängen vernommen werden, unterbrochen durch eine partizipative Phase in kleineren Gruppen. Am Abend folgen die Schlussplädoyers und die Urteilsverkündung.

Am Sonntagvormittag ist ein „Forum der Alternativen“ angedacht, in dem konkrete Vorschläge zur Transformation des Finanzsektors diskutiert und Perspektiven zur Weiterarbeit entwickelt werden.

Die Reden von Anklägern, Zeugen und Verteidigern werden aufgelockert durch kurze Videobeiträge, die in pointierter Form anschaulich komplexe Zusammenhänge darstellen. Auch kabarettistische Einlagen, die aber in die Form der Zeugenanhörung integriert sein werden, sind möglich.

Das Tribunal wird kein Theaterstück, auch wenn es theatrale Elemente beinhaltet und einer sorgsamem Dramaturgie bedarf. Als Zeugen treten authentisch Journalisten, Gutachter, Banker, NGO-Vertreter etc. und vor allem auch Betroffene der Krisenfolgen auf – darunter auch eine Zeugin auch aus dem globalen Süden.

Als Richter werden prominente Intellektuelle und Vertreter einer kritischen Zivilgesellschaft fungieren. Angefragt sind u. a. Elmar Altvater und Roger Willemsen.

Angeklagt werden sowohl Banker und die von ihnen bedienten Aktionäre als auch politische Entscheidungsträger – und nicht zuletzt Komplizen aus Bankenaufsicht, Wirtschaftsprüfungsunternehmen und Rating-Agenturen.

Da wir davon ausgehen, dass diese Angeklagten vor einer von uns ausgewählten Jury nicht erscheinen werden, werden Verteidiger an ihrer statt sprechen – möglicher Weise als *Advocati diaboli* aus unseren Reihen.

Dem Tribunal geht es dabei nicht in erster Linie darum, individuelle Schuldige dingfest zu machen oder gar Sündenböcke ins Rampenlicht zu stellen, sondern darum, die systemischen Ursachen der Krise einem breiten Publikum in spannender Form anschaulich zu machen und zu weitergehenden Fragen und Einmischungen anzuregen.

Die Anklagepunkte

Drei Anklagepunkte werden im Zentrum des Tribunals stehen. Jedem Anklagepunkt wird ein Anklagerteam zugeordnet.

1. Zerstörung unserer ökonomischen Lebensgrundlagen

- Auszehrung der Staatshaushalte / Verschuldung
- Soziale Folgen / Arbeitslosigkeit
- Folgen für den globalen Süden

2. Aushöhlung der Demokratie

- Verfassungsbruch: Entmachtung des Bundestages (SoFFin-Gesetz)
- Organisierte Geheimhaltung und Täuschung von BT und Öffentlichkeit
- Erpressung des Staates und der Gesellschaft („too-big-to-fail“-System)
- Interessenvermischung und Ämterhäufung

3. Verletzung der Vorsorgepflicht / Erhalt eines krisenhaften Systems

- Kein Verbot risikoreicher Finanzpraktiken und Finanzinstitutionen
 - Fahrlässige Vorbereitung/Inkaufnahme neuer Blasen und neuer Krisen
 - Keine Maßnahmen zur Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, national und international
- Aktionen auf dem Weg zum Tribunal

Die Projektgruppe hat als Auftakt ihrer Arbeit am 20.8. eine Aktion im HRE-Ausschuss des Bundestages durchgeführt, die bundesweit in den Medien großen Widerhall fand.

Zum ersten Geburtstag des SoFFin hat die Gruppe außerdem eine Aktion vor dem SoFFin-Gebäude in Frankfurt gemacht, bei der mit einem großen Gebläse symbolisch 480 Mrd. € in die Luft geblasen wurden und demokratische Kontrolle eingefordert wurde.

Kosten- und Finanzierungsplan
(erste Näherungen – einige wichtige Absprachen erfolgen
in den nächsten Tagen)

Ausgaben

Räume	0,00 €	(Kooperation mit VB)
Nebenkosten	0,00 €	(Kooperation mit VB)
Personal für Räume und Technik	0,00 €	(Kooperation mit VB)
Technik	0,00 €	(Kooperation mit VB)
Übersetzung?	1.500,00 €	(Kooperation mit IG-Metall (?))
Kinderbetreuung	150,00 €	
Catering/Verpflegung Übernachtung (Turnhalle o.ä.)	?? 1.000,00 €	(Absprachen mit Kantine im Haus müssen noch)
Werbematerial (Flyer, Poster, Aufkleber)	2.500,00 €	
Film zum Tribunal (Doku, nachher)	1.000,00 €	
Kosten für Präsentationen/Filme/Foto-Rechte bei Tribunal selbst	1.000,00 €	
Porto und Büromaterial u.ä.	2.000,00 €	
Moderationsmaterial u.ä.	300,00 €	
Reisekosten Vorbereitung, Einzelfahrten, Recherchen, Teamtreffen	3.000,00 €	
Reisekosten ReferentInnen (30 x 100 Euro)	3.000,00 €	
Reisekosten Freitags-RednerIn	1.500,00 €	
Übersetzung Auftaktveranstalt.– Aufwandsentschädigung, Reisekosten, Verpflegung	1.000,00 €	
Reisekosten ReferentIn aus dem Süden	1.700,00 €	
ReferentInnen-Honorare (eigentlich keine; nur „Notfalltopf“)	1.000,00 €	
ReferentInnen-Verpflegung/Unterkunft (Hotel & privat, geschätzt)	2.500,00 €	

Personalkosten: ½ Stelle für Endspurt (5 Monate) 7.500,00 €
Personal-Wunsch: Weitere Unterstützung durch Fabian (10 bis 20 Stunden/Woche)

Büromiete (Büro-„Untermiete“ in Berlin f. Endspurtphase) 500,00 €
Diverses, Miete Transporter 550,00 €

Gesamtausgaben 31.700,00 €

Einnahmen

Attac-Haushalt – Antrag an Ratschlag 12.000,00 €

Groß-SpenderInnen 8.000,00 €

TN-Beiträge-Attac-Anteil (800 x 20 Euro=16.000 – davon Hälfte Attac, Hälfte VB) 8.000,00 € (Wird noch geklärt! Wir reichen Korrektur nach!)
(Sozialstaffel: 20% Karten f. 10 Euro, 60 % für 20 Euro, 20% für 30 Euro)

Drittmittel-Anträge 2.200,00 €

Bei Übersetzungsanlage: Kooperation mit IG-Metall (?) 1.500,00 €

Gesamteinnahmen 31.700,00 €

Ergänzende Informationen:

Noch vor dem Ratschlag folgt ein aktualisierter Finanzplan, weil ein Kooperationsgespräch mit der Volksbühne erst zum Monatswechsel möglich ist.

Ggf. brauchen wir noch etwas mehr aus dem Attac-Haushalt. Die „Erlaubnis“ für das Großspendenmailing brauchen wir natürlich auch.

Und wir werden ab und an auch auf weitere Unterstützung aus dem Büro angewiesen sein: Bei der Flyer-Erarbeitung, bei der Pressearbeit...

Enlazando Alternativas

AG Lateinamerika

Enlazando Alternativas ist ein Bündnis von Gruppen und Organisationen aus Lateinamerika und Europa. Zum vierten mal findet im Mai 2011 ein Gipfel der Regierungsvertreter in Madrid statt. Bisher hat Attac sich an den Gipfeln in Wien und Peru beteiligt. Gegenstand der Gipfel sind die von der EU im Rahmen der Global Europa Strategie stattfindenden Verhandlungen zu Freihandelsabkommen. Der Gegengipfel besteht in der Regel aus einem Tribunal gegen Europäische Konzerne, die in LA aktiv sind sowie Veranstaltungen und Workshops zu verschiedenen Themen wie der Entwicklung von Alternativen.

Wir wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten uns weiter in den Prozess einbringen. Für die Durchführung der Gegenveranstaltung finden Vorbereitungstreffen und Telefonkonferenzen statt.

Die AG möchte sich weiterhin daran beteiligen, für den Gegengipfel mobilisieren und vor Ort präsent sein.

Wir beantragen über die 1000 Euro für Agen hinaus 1000 Euro für Fahrtkosten und Mobilisierungsmaterial.

2.5 „Beipackzettel“ der Finanz AG

Vorschlag für die Projekte und Schwerpunkte

Seit wir vor 4 Wochen unseren Vorschlag für den generellen Haushaltsrahmen für 2010 verschickt haben, ergaben sich in einigen Bereichen ein paar Veränderungen. Im Einzelnen lassen sich diese in den aktuellen Entwürfen für Haushalt und Projekte nachvollziehen, die auch auf der Homepage zu finden sind. Weiter unten findet sich schließlich auch unsere Begründung für die Verteilung der Schwerpunktmittel, die auch in der aktuellen Tabelle zu finden ist.

1. Einnahmeprognose

Durch die Aktualisierung der Einnahmeprognose auf den aktuellen Stand der Mitglieder ergeben sich für den aktuellen Entwurf Mehreinnahmen von etwa 19.000€, von denen etwa 4.000€ direkt an die Gruppen gehen. Es ist durchaus vorstellbar, dass sich diese erfreuliche Entwicklung bis zum Jahresende weiter fortsetzt. Auch wenn die Spenden ähnlich deutlich über Plan liegen, haben wir die Spendenprognose für das nächste Jahr bis jetzt nicht angepasst.

2. Anpassungen im allgemeinen Teil (im Vergleich zum letzten Vorschlag)

Seit dem letzten Vorschlag haben sich kleinere Änderungen ergeben, die wir angepasst haben. Da wegen des Wechsels in der Geschäftsführung zunächst mit einer reduzierten Vortragstätigkeit selbiger zu rechnen ist, haben wir die prognostizierten Einnahmen daraus von 1200€ auf 500€ reduziert. (Honorare für Vorträge der von Angestellten werden generell gespendet.) Im Bundesbüro sind nach langen Zeiten knapper Kassen mehr Spielräume für Fortbildungen (z.B. im Bereich Webentwicklung, Fundraising etc.) nötig, die wir endlich realisieren wollen.

Es werden zusätzliche Investitionen in neue Software und Hardware notwendig (bis vor kurzem waren noch Rechner aus der Verdener Zeit im Einsatz...). Die Ausgaben erhöhen sich von 4000€ auf 6000€. Für die Unterstützung des Webshops haben wir einen sozialversicherungspflichtigen Minijob (Gleitzone) eingerichtet, um eine dauerhafte Beschäftigung auf Honorarbasis zu vermeiden. Dadurch entstehen Mehrkosten in Höhe von 840€.

3. Projekte und Schwerpunkte

Alle Anträge sind im Einzelnen auf der Ratschlags-Seite einsehbar.

Projekte:

Die Vorschläge Bankentribunal, 10 Jahre Attac, Kampagne Betriebsübernahme, ESU, Gruppenunterstützung und das ESF schlagen wir dem Ratschlag unverändert zur Annahme vor. Kleinere Änderungen ergeben sich bei der Kampagne PPP-Irrweg. Der Vorschlag sieht einen relativ hohen Anteil von 9000€ als Personalkosten für eine halbe Stelle vor. Im generellen Haushaltsentwurf schlagen wir dem Ratschlag aber schon vor, eine halbe Stelle für Kampagnen- und Projektunterstützung einzurichten, um die stets wechselnde und prekäre Beschäftigung in diesem Bereich zu verstetigen – diese Stelle soll dann auch die Unterstützung der PPPKampagne übernehmen. Deswegen fänden wir es sinnvoller, die Personalmittel auf die Weiterführung des bestehenden Minijobs zu beschränken. Die Sachmittel scheinen uns hingegen sehr knapp kalkuliert, weswegen wir eine Erhöhung für diesen Bereich vorschlagen. Deswegen sollte der Ratschlag der Kampagne 7000€ bewilligen, wodurch sich unter dem Strich die Ausstattung sogar verbessert. Der einzige Antrag, der in unserem Vorschlag keine Berücksichtigung findet, ist der zum Weltsozialforum, weil uns keine inhaltliche Begründung vorlag (was soll da eigentlich gemacht werden?) und das WSF auch erst 2011 stattfindet. Hier wird aber bis zum Ratschlag noch eine Lösung erarbeitet werden.

Grundsätzlich gilt: Wer nachvollziehbare und detaillierte Finanzpläne und inhaltliche Beschreibungen vorlegt, ist klar im Vorteil. Nur so ist es uns möglich, einen vernünftigen HH-Vorschlag vorzulegen. AGs Die meisten Anträge von AGs schlagen wir dem Ratschlag unverändert zur Annahme vor. Den Antrag der Bildungskoordination haben wir reduziert. Die 3000€, die zur Unterstützung des ReferentInnenpools erbeten werden, sollten auf 1500€ reduziert werden, um die jeweiligen Veranstalter nicht aus der Pflicht zu entlassen, sich selbst z.B. durch Drittmittel um die Finanzierung von Fahrtkosten und Honorar zu kümmern. Sollte sich im Laufe des Jahres abzeichnen, dass das wirklich zu wenig ist, werden wir den Etat aber je nach Haushaltslage erhöhen. Von der AG GfA lag uns (aus nachvollziehbaren Gründen) kein ausführlicher Antrag vor. Deswegen halten wir zunächst die je 1000€ von GfA und SozSich (=2000€) für eine ausreichende Grundlage. Wenn bis zum Ratschlag ein ausführlicher Antrag vorliegt, kann sich das natürlich noch ändern. Alle anderen hier nicht aufgeführten AGs haben wir mit ein paar Ausnahmen (weniger aktive AGs, die 500€ bekommen) mit dem Standardbetrag von 1000€ bedacht. Erwähnenswert ist weiterhin die Erbschaft in Höhe von 25.000€, die Attac zugeflossen ist und dem Projekthaushalt zugute kommt. Sie gibt uns die Möglichkeit, z.B. das Bankentribunal zu finanzieren, ohne dass dies den Haushalt belasten muss. Unter dem Strich verbleiben so 10.000€ an unverplanten Mitteln, die im Laufe des Jahres 2010 vor noch entstehende Projekte ausgegeben werden können.

4. Schlussfolgerungen

Das prognostizierte Jahresendsaldo liegt damit bei -18.430,13 Euro (zum Vergleich: 15.000€ weniger als im letzten Entwurf). Angesichts von vier Gründen sehen wir dieser Tatsache aber gelassen entgegen und empfehlen dem Ratschlag, diesen Haushalt trotzdem zu beschließen, denn:

- 1.) Sind insbesondere die Spendeneinnahmen wie immer konservativ prognostiziert.
- 2.) Wird die Krise im nächsten Jahr sicher noch mit einigen Überraschungen bereithalten. Jetzt eine Überziehung des Haushalt zu riskieren bedeutet in einem solchen Jahr, in die Zukunft zu investieren, weil sich die Projekte, die man dadurch mehr durchführen kann, politisch (und auch finanziell) auszahlen.
- 3.) Sind im Plan auch 10.000€ noch unverplante Schwerpunktmittel eingestellt. Wir nehmen uns damit also nicht die Luft zum Atmen.
- 4.) Rechnen wir momentan mit einem erheblichen Überschuss aus 2009, die das Defizit weiter mildern wird.

Der komplette Haushaltsentwurf der Finanz AG für 2010 sowie die Kommentierung dafür kann hier <http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/finanzen/> heruntergeladen werden.

3 Anhang

Bericht des Kokreises

Mehr Dynamik für Attac

Politischer Bericht des Attac Koordinierungskreises für den Ratschlag in Leipzig, 6. - 8. November 2009

Wo stehen wir heute? Welche Ausgangspositionen haben wir für die kommenden Jahre? Wo liegen unsere Stärken? Wo sind unsere Schwächen? Wie können wir für neue Dynamik sorgen?

Atac ist erfolgreich

Atac trägt zu einigen wichtigen Veränderungen in diesem Land bei. Selbstverständlich nicht als einziger Akteur und auch nicht immer an prominenter Stelle.

Zu den Erfolgen von Attac gehören:

- die Veränderung des Meinungsklimas im Lande. Durch die Krise begünstigt, bröckelt die neoliberale Ideologie von der Rationalität der Märkte. Der Neoliberalismus steckt in einer tiefen Akzeptanzkrise. Lange Zeit wagte nur noch Olaf Henkel in Talkshows diese Ideologie zu vertreten.
- die Verbreiterung und Verstetigung von Globalisierungskritik angesichts der Krise, von Protest und sozialer Bewegung: Wir zahlen nicht für eure Krise, demokratische Kontrolle der Finanzmärkte, Transaktionssteuer, Kampf gegen Steueroasen, das Öffentliche nicht den Privaten in die Hand geben, engere Kooperation der Attacis in Europa, sind einige Stichworte dazu
- die Festigung der Allianzen im emanzipatorischen Spektrum der Gesellschaft, u.a. zwischen globalisierungskritischer Bewegung, Gewerkschaften, Umweltbewegung, Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen, kirchlichen Milieus u.a.;
- die Neu-Konfiguration im Parteiensystem;

- eine zunehmende Internationalisierung von Protest und sozialer Bewegung, wie sie sich in europäischen oder globalen Kampagnen, u.a. zu GATS, zu G 8 und G 20 aber auch im Weltsozialforum und den europäischen Sozialforen zeigt;
- die Formulierung von attraktiven Alternativvorschlägen mittlerer Reichweite auf einigen Politikfeldern, wie die Finanztransaktionssteuer, Finanzmarkt-TÜV oder die Vergesellschaftung der Banken sowie Vorschläge wie die Zocker zur Krisenfinanzierung herangezogen werden können.

Verlust an Dynamik

Zur politischen Kultur von Attac gehört auch der selbstkritische Blick auf die eigene Arbeit. Das ist Ausdruck von Selbstbewusstsein. Für uns ist Selbstkritik eine politische Produktivkraft.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Staaten zur Vermeidung des totalen wirtschaftlichen Zusammenbruchs lässt viele Menschen hoffen, dass der Kelch eines ökonomischen Zusammenbruchs nochmal an ihnen vorüberzieht. Angst vor Krisenfolgen und Abwarten, was die Maßnahmen der Regierung bringen, erschweren es politischen Bewegungen konkret zu handeln und Alternativmodelle stark zu machen.

Auf vielen Feldern fehlt uns immer noch die konkrete Utopie einer besseren Welt. Die Phase der strategischen Suche ist bis heute nicht abgeschlossen. Das ist kein ausschließlich deutsches Phänomen.

Wir haben in den letzten 12 Monaten mit vielen Aktivitäten eingeladen zum Streit für Alternativen und neue Politik-Konzepte.

Erfolgreiche Projekte mit bundesweiter Ausstrahlung:

- Unser Kapitalismus-Kongress Anfang März mit über 2500 Teilnehmenden
- Die Zeit-Fälschung im März – 350.000 Zeitungen aus der Zukunft!
- Kongress McPlanet Ende April
- Die Demos am 28. März in Frankfurt und Berlin und am 16. Mai in Berlin
- Das engere Zusammenrücken der europäischen Attacs. Noch ist die Kooperation in der „Warmlaufphase“, aber angesichts immer mehr und immer wichtigerer Entscheidungen auf europäischer Ebene ist dieses Feld von besonderer Bedeutung.
- Aktionen vor dem Reichstag, an der Frankfurter Börse, vor der EZB, im HRE Untersuchungsausschuss und vor dem SoFFin.
- Die Sommerakademie mit anschließendem Ratschlag in Karlsruhe
- Das Sozialforum in Hitzacker
- Das Vordringen der Transaktionssteuer bis zu G 20 und dem IWF
- Die Kampagne „Steuer gegen Armut“ in einem breiten Bündnis
- Die Steueroasen-Ausstellung
- Ein Lateinamerika-Kongress

- Tagung (steht noch bevor): "Die Rolle Europas in der globalen Krise: Weiter so im Wachstumswahn? - Umbruch für eine alternative Handelspolitik" der AG Welthandel und WTO in Stuttgart
- Konferenz Kräfte bündeln-Perspektiven entwickeln mit dem Bündnis 28.März
- Am Start: Kampagne für die Erleichterung von Betriebsübernahmen durch Beschäftigte, eine PPP-Kampagne, ein Bankentribunal in der Volksbühne in Berlin, Das Projekt Frauenkompetenz

In den Medien werden wir nach wie vor als wichtiger Akteur wahrgenommen. Die Pressespiegel der verschiedenen Aktionen können sich sehen lassen.

Auch im internationalen Bereich sind wir einen Schritt weiter gekommen. Das europäische Attac Netzwerk ist enger zusammen gerückt und wird zunehmend als kollektiver Akteur wahrgenommen. Es nimmt Einfluss auf die Sozialforumsbewegung, vertritt in Pressemitteilungen gemeinsame Positionen nach außen und hat wichtige Initiativen in den europäischen Krisenprotesten angestoßen. Schon jetzt wird die nächste Europäische Sommeruniversität für 2011 vorbereitet.

Dieser Liste von erfolgreichen und konkreten Projekten steht eine große Herausforderung und Unzufriedenheit gegenüber: Die gleichzeitigen Krisen in Finanz- und Realwirtschaft, in globalen Ökologiefragen (allen voran der Klimawandel) und der Ernährung für mittlerweile über eine Milliarde hungernder Menschen wecken die Sehnsucht nach einem grundlegenden Umsteuern, nach einer völlig anderen Politik und Abkehr vom neoliberalen Kapitalismus.

Dennoch stehen die Zeichen keinesfalls auf große Wende, große Mobilisierungen wollen nicht gelingen. Es sind doch wieder viele kleine und große Konfliktfelder, in denen konkrete Alternativen her müssen, ein großer Wurf ist nicht in Sicht.

Wir brauchen in dieser Situation einen langen Atem und erleben, dass es manchmal noch schwieriger geworden ist, die Strategie-Vorschläge der „Reformer“ und der „Revolutionäre“ unter einen Hut zu bringen.

Wir erleben bei vielen Menschen, die sich jetzt in der Krise Attac angeschlossen haben, dass sie das globalisierungskritische Netzwerk für wichtig und notwendig halten. Wir erleben aber auch Wochen, in denen die Medien unsere Aktionen und Pressemeldungen ignorieren.

Die neue Konstellation im Bundestag

Die Bundestagswahl im September hat uns vor neue Herausforderungen gestellt.

Die schwarz/gelbe Koalition in Berlin wird den neoliberalen Umbau weiter vorantreiben. Die SPD hat in der Bundestagswahl als Folge ihrer Agenda-Politik einen katastrophalen Stimmeneinbruch erlebt. Sie ist in ihren Grundfesten erschüttert. Ob und wann sie sich regeneriert, ist ungewiss. Die Partei Die Linke hatte einen großen Wahlerfolg.

Das Fünfparteiensystem ist in der Bundesrepublik nunmehr fest etabliert. Ob die Tendenz von den Volksparteien zu Klientelparteien anhält, ist noch ungewiss. Auch bei Teilen der CDU wird eine Ablehnung weiterer Verschärfungen der sozialen Ungleichgewichte durch die Mehrheit der Menschen wahrgenommen. So wie es zur Zeit aussieht, wird schwarz/gelb einen gemäßigten

neoliberalen Kurs fahren mit verstärkter Sozialrhetorik. Unter solchen Bedingungen kommt es nicht zu einer starken Protestbewegung.

Allerdings steht die neue Koalition vor einem grundlegenden Dilemma: sie muss Lösungen für einige grundsätzliche Probleme liefern, insbesondere Erwerbslosigkeit, Krise der Staatsfinanzen und Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, vor allem der Renten. Macht sie das konsequent neoliberal, wächst der Widerstand in der Gesellschaft.

Bei den Grünen wird die Restlinke in der Opposition gestärkt. Zudem muss die Partei sich gegen die ebenfalls oppositionelle SPD abheben. Allerdings ist nicht entschieden, ob die Grünen die zukünftige Partei der Mitte sein werden. Der Realo-flügel konnte nach Hamburg nun auch im Saarland schwarz-grüne Koalitionen erreichen. Angesichts der neuen Brisanz der Energiefrage und der nun fest stehenden Verlängerung der AKW-Laufzeiten, haben klassisch grünen Themen Konjunktur und die Partei damit neue Chancen.

Die schwarz/gelbe Koalition wird SPD und Gewerkschaften wieder näher aneinander rücken. Allerdings wird die Garantie der Tarifhoheit (bzw. das was davon übrig ist), des Kündigungsschutzes und der betrieblichen Mitbestimmung, die die Kanzlerin immer wieder bekräftigt, den DGB wohl vorerst ruhig stellen.

Dennoch hoffen wir, unter der neuen Regierungskonstellation auf neue Impulse in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Es wird unsere Aufgabe sein, dabei ein eigenständiges Profil von Attac zu erhalten, damit wir weder in den Schatten der Linkspartei noch der Gewerkschaften geraten und an Bedeutung verlieren. Attac hat es bisher ganz gut geschafft, inhaltlich und politisch eine größere Breite zusammen zu bringen und gerade damit viele Menschen anzusprechen.

Zu erwarten ist unter schwarz/gelb in jedem Fall eine weitere Verschärfung der Armutproblematik. Armut führt tendenziell zu Frustration und politischer Lähmung, kann aber auch Widerstand hervorrufen. Eine wichtige Aufgabe von Attac wird daher auch darin bestehen, Widerstand zu organisieren und Menschen zu politisieren. Hierfür sind sowohl ökonomische Alphabetisierung als auch das Aufzeigen von realpolitisch machbaren und utopischen Alternativen sehr bedeutsam.

Eine neue Dynamik ist möglich

Die neue innenpolitische Konstellation ist für eine neue Dynamik von Attac nicht ungünstig. Allerdings stellt sich diese nicht im Selbstlauf ein.

- Wir müssen uns weiter um neue und handlungsfähige Allianzen kümmern, die das emanzipatorische Potential auf nationaler, europäischer und globaler Ebene bündeln. Von besonderer Bedeutung bleiben dabei die Gewerkschaften und die Umweltbewegung, aufgeschlossene kirchliche Milieus und die Migrationsszene. Attac ist aufgrund seines pluralen Charakters bestens zum Katalysator für die Entwicklung von Bündnissen geeignet;
- Attac hat immer noch ein Gender-Problem. Sowohl die praktische Beteiligung von Frauen in Attac als auch die konzeptionelle Integration von Geschlechterdemokratie in unsere Positionen lassen zu wünschen übrig;

- Die Gewinnung von Handlungsfähigkeit im Rahmen der EU, d.h. tendenziell die Transnationalisierung sozialer Bewegung macht Fortschritte, muss jedoch noch weiter zunehmen;
- Wir müssen unsere konkreten Alternativen weiter entwickeln, um auch in Zukunft eine wichtige politische Rolle zu spielen. Wenn sie überzeugend sind, können wir emanzipatorischen Positionen einen breiten Konsens verschaffen.

Neben wichtigen Einzelforderungen in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise brauchen wir nach wie vor einen Überschuss. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus hat sich selbst desavouiert. Dennoch hat die Mehrheit der Deutschen gerade diejenigen Parteien ans Ruder gebracht, die ihn wieder funktionsfähig machen wollen.

Zugleich aber weckt dieser Zusammenbruch bei vielen Menschen das Interesse an Alternativen. Ein alternatives Projekt, oder alternative Projekte können gerade jetzt eine sehr wichtige Bedeutung bekommen. Ein gutes Leben und Teilhabe für alle Menschen weltweit wird möglich, wenn wir Verteilungsgerechtigkeit auf die Agenda bekommen. Gleichzeitig muss angesichts der globalen ökologischen Krisen eine Konversion weiter Bereiche unserer Produktion zum Thema gemacht werden. Es geht zum Beispiel nicht darum, die Automobil-Fließbänder am Laufen zu halten, sondern darum, neue Modelle für eine verträgliche Mobilität zu entwickeln. Der Klimawandel macht eine Debatte und Entscheidungsfindung über Klimagerechtigkeit nötig: Wie ist mit dem Wachstums-Dogma umzugehen? Wie gelingt ein Klimatechnologie-Transfer, der nicht erneut Ungleichgewichte verschärft? Welche Rechte müssen allen Klimaflüchtlingen zugesprochen werden?

Unsere Suche nach den richtigen Themen und der richtigen Ansprache für viele MitstreiterInnen, Medien und MitbürgerInnen geht auf diesem Ratschlag in die nächste Runde. Um der neoliberalen Zerstörung kollektiver Akteure entgegen zu wirken, brauchen wir viele aktive Attacis.

Papier der Rats-VG zur Ratskandidatur (2008)

Beschreibung der Aufgaben d. Rates sowie der daraus folgenden Anforderungen an Ratsmitglieder

0. Erläuternde Einführung:

Dieses Papier ist für alle Ratsmitglieder gedacht, vor allem aber als Orientierungshilfe für alle Attacis, die sich überlegen, für den Rat zu kandidieren, sowie für die Wahlberechtigten in den Regionen als Hilfe zur KandidatInnenbefragung. Der Rat sollte als strategisches Zentrum eine wichtige Rolle in der Gremienstruktur von Attac-D spielen – doch bleibt festzuhalten, in der Praxis wird er diesem Anspruch noch nicht immer gerecht. Wir, als Rats-VG, sehen es als unsere Aufgaben, das Selbstverständnis und die Arbeit des Rates weiterzuentwickeln. Wichtig scheint uns dabei, dass jedem Ratsmitglied vor seiner Wahl bewusst wird, auf was es sich einlässt und sich selbst fragt, ob es dem gerecht werden kann.

1. Aufgaben des Rates:

- Initiierung richtungsweisender Prozesse
- Entwicklung strategischer Vorstellungen und Möglichkeiten, sowie Wahrnehmung und Aufnahme von Themen, die von gesellschaftlicher Relevanz erscheinen und auch Bündnispartner umtreiben, um Vorschläge für zukünftige Arbeitsprojekte zu erstellen.

Dies sind spannende, zugleich jedoch auch voraussetzungsreiche Aufgaben. Um strategische Debatten führen zu können, ist es unerlässlich, gesellschaftliche Stimmungen, Befindlichkeiten und Kräfteverhältnisse zu analysieren, um daraus Möglichkeiten der Diskursintervention zu realisieren. Entsprechend müssen die Mitglieder des Rates die Fähigkeiten für diese Einschätzungen mitbringen. Zugleich sollten die Mitglieder des Rates über ihren eigenen Zusammenhang (ob Gruppe, Mitgliedsorganisation oder AG) Anbindung an Bundes-AGen und Regionalgruppen halten, um Synergieeffekte herzustellen, vor allem um Feedback zu vorgeschlagenen Themen oder Projekten einzuholen. Nur dadurch können Ideen, Vorstellungen, Interessen und Bedürfnisse aller Teile von attac berücksichtigt werden.

1.1 Struktur und Aufgaben der Rats-AG-Arbeit

Eine konstruktive Arbeit im Rat spielt sich keineswegs vor allem auf den Rats-Sitzungen ab. Entscheidender hierfür wäre eine intensive Arbeit in den AGen des Rates. Hier müssten die Projekte entwickelt und vorgebracht werden, die der Rat kollektiv als strategisch relevant identifiziert und in Attac einzubringen gedenkt. Beispiele für solche AGen sind die VG Kapitalismuskongress, die AG Globale Soziale Rechte oder die AG Gruppen. Zukünftig wollen wir, als Rats-VG, verstärkt darauf hin arbeiten, die AG-Struktur noch stärker an die Strategieausrichtung des Rates anzupassen:

- Die AG-Themen sollte der Rat nach strategischen Gesichtspunkten kollektiv wählen, dafür sind die brennendsten thematischen Punkte zu bestimmen und mit einer Problemanalyse von Attac zu verbinden (Organisationsentwicklung).
- Konzentration der AG-Arbeit auf einige wenige strategisch relevante Projekte (Vermeidung von Quantität) → max. 6 Rats-AGen
- pro Person Mitarbeit in 1er Rats-AG, max. in 2 Rats-AGen, damit Voraussetzungen geschaffen werden, die Arbeit in den AGen produktiv gestalten zu können.

2. Anforderungs- und Verantwortungsprofil der Ratsmitglieder:

Die beschriebenen Aufgabenfelder des Rates verlangen nach politisch erfahrenen Menschen, die Kompetenz in bestimmten Gebieten mitbringen und Erfahrung in Bündnisarbeit haben. Für Neueinsteiger in die Attac-Arbeit eignen sich eher die Bundes-AGen oder einzelne Projekt- / Kampagnengruppen.

„Anforderungsprofil“ für die Ratsmitarbeit:

- Kenntnisse der attac-Struktur, Wissen um attac-Probleme
- Analysefähigkeit von gesellschaftliche Stimmungen, thematischen Trends, gesellschaftliche Kräfte-/ Hegemonieverhältnissen
- „Diskursfähigkeit“
- Einbringen politische Erfahrung
 - Fähigkeit, weiterbringende Beiträge in inhaltliche Auseinandersetzungen zu strategischen Überlegungen einzubringen
 - Bedürfnis, Prozesse mitgestalten zu wollen

Kontraproduktiv für die Ratsarbeit:

Die Praxis, Leute zu einer Kandidatur zu überreden, nur damit keine Plätze im Rat unbesetzt bleiben, halten wir für kontraproduktiv. Sicherlich kann es mal sinnvoll sein, jemandem einen kleinen Schubs in Richtung einer Kandidatur zu geben. Grundsätzlich jedoch braucht der Rat Mitglieder, die selbst wissen worauf sie sich einlassen und genug Erfahrung haben, um einschätzen zu können, ob sie im Rat einen konstruktiven Beitrag leisten können.

Notwendiger Zeitaufwand:

Da die Ratsarbeit durch die Rats-AG-Arbeit nicht kontinuierlich verläuft, ist das lediglich ein durchschnittlicher Mindestbedarf. Die Ratsarbeit findet hauptsächlich in den Rats-AGen statt, es ist eine der Ratsarbeit kontraproduktive Illusion anzunehmen, mit der Teilnahme an 3 Sitzungen und 1 Klausur bzw. zukünftig möglicherweise 1er Sitzung und 2 Klausuren wäre die Ratsarbeit einer Periode abgeleistet. Schließlich müssen die strategischen Projekte, die wir im Rat identifizieren, von irgendjemandem umgesetzt werden.

Für - die kontinuierliche Mitarbeit in 1er Rats-AG,

- dem Lesen der Rats-Mailingliste,
- der Vorbereitung und Teilnahme der Ratssitzungen

sind ca. 5 – 10 Std /Woche zu veranschlagen